

Volkswacht

für Schlessen

Organ für die werkfähige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Verlags- und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsfelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5552.

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlessen 2000 Mark, auswärts 2500 Mark. Anzeigen unter Text 8000 Mark, auswärts 10000 Mark. Stellenangeboten 1000 Mark, Familienangeboten 500 Mark. Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 700 Mark. Kleine Anzeigen pro Wort 200 Mark, das letzte Wort 250 Mark. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis mittwochs 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 4/5 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Die Diktatur-Maßnahmen.

Kohlenpreiserhöhung in Aussicht!

Nachdem das Reichskabinett im Interesse der allgemeinen Wirtschaftslage und im Rahmen der gegen den Währungsverfall sonst geplanten Maßnahmen, die Beseitigung der Kohlensteuer beschlossen hat, beschließen sich die Organisationen der Kohlenwirtschaft erneut mit der Kohlenpreiserhöhung um die in diesem Kabinettsbeschluss liegenden Tendenzen zu kämpfen. Heute beschließen, die Kohlenpreise nicht nur um den Betrag der Kohlensteuer zu kürzen, sondern darüber hinaus eine Ermäßigung des Nettokohlenpreises um 10 bis 15 Prozent vorzunehmen. Die jetzt geltenden Verkaufspreise der Gruben in Goldmark werden durch diesen Beschluss in Verbindung mit dem Fortfall der Kohlensteuer mit Wirkung vom 15. d. Mts. ab für die wichtigsten Kohlen um etwa 30 bis 35 Prozent herabgesetzt.

muß. Denn so sehr man sich hier über das Aussehen der Reichsregierung beklagt, so sehr gefällt man sich in dem Bewußtsein der eigenen Stärke gegenüber der Autorität des Reiches. Die Regierungspresse trauert heute bereits mit dem Satz auf: „Die Wirtschaft der bayerischen Regierung ist heute bereits größer als die der Reichsregierung.“ Dieser Auffassung begegnet man hier auch in offiziellen Kreisen. Unter anderem ist man der Meinung, daß Bayern auch in wirtschaftlicher Beziehung heute in keiner Weise mehr von Norddeutschland und dem übrigen Reich abhängig ist und es dürfte für einen gewissen Eventualfall nicht zweifelhaft sein, daß Bayern seinen notwendigen Lebensbedarf an Kohlen, Getreide und Kartoffeln ebenso aus dem Ausland beziehen will, wie das das Reich heute angeht. Auch dafür wird in der bayrischen Presse bereits die notwendige Propaganda gemacht.

Die neue Steuerverwertung.

In einer Begründung zu der Verordnung des Reichspräsidenten über Steuerverwertung und Vereinfachung des Besteuerungsverfahrens bestimmt der Reichsfinanzminister die Grundzüge, nach denen sich die Steuerverwertung in Zukunft vollziehen soll. Steuerhinterzuler, die bis zum 31. Dezember 1922 entstanden sind, werden grundsätzlich nicht aufgewertet. Falls Steuerhinterziehung vorliegt, ist der Reichsfinanzminister ermächtigt, eine angemessene Aufwertung unter Berücksichtigung der Geldentwertung vorzunehmen. Ist die Steuer im Juli zu zahlen, Steuerhinterzuler, die im August entstanden sind, werden mit einem Zuschlag des ursprünglichen Betrages aufgewertet werden. So ist das Hundertfache bei Entstehung der Schuld im Juni und das Dreifache bei Entstehung der Schuld im Juli zu zahlen. Steuerhinterzuler, die im August entstanden sind, werden mit dem einfachen Betrage am 1. September 1923 eingeleistet. Wollte Umstellung auf ihren Goldwert erfahren die Steuerhinterzuler und die sonstigen Zahlungen, die nach dem 31. August entstanden sind bis zum Inkrafttreten der Verordnung nicht bezahlt worden sind, lautet sie auf Papiermarkbetrag, so wird dieser nach einem vom Reichsfinanzminister festgestellten Goldumrechnungssatz auf Goldmark umgerechnet. — Für die Umrechnung in Gold ist immer der Zeitpunkt der Entstehung der Schuld und nicht der Termin der Fälligkeit maßgebend, so daß das Reich keinen Anteil immer unentwertet erhält. Wird am Fälligkeitstage die Schuld nicht getilgt, so werden von den Goldmarkbeträgen 5 v. H. für das Jahr berechnet.

Dieses Bewußtsein von der eigenen wachsenden Stärke kommt in Bayern auch darin zum Ausdruck, daß entgegen der anfänglichen bei der Regierung vorherrschenden Meinung das Antwortschreiben des Reichstags über die Steuererhöhung nunmehr von der Landtagsfraktion der Bayerischen Volkspartei als absolut ungenügend verworfen wird. Die Fraktion erhebt in einem einstimmig gefaßten Beschlusse nochmals mit allem Nachdruck die entschiedene Forderung nach Beseitigung dieses entwürdigenden und die Wirtschaft zerkündernden Steuererhöhung. — Die bayrische Regierung wird sich also neuerdings an die Reichsregierung wenden, um im Sinne des Dr. Heim eine weitgehende Milderung der Besteuerungen zu erzwingen zu suchen.

Die heutige Abstimmung im Reichstag

dürfte nach unseren Informationen zur Erreichung des Ermächtigungsgesetzes mit größerer oder auch knapper Mehrheit führen. Für den anderen Fall ist die Ausschreibung von Neuwahlen für Dezember vorbereitet.

Im Preussischen Landtag

kam es zu einer ausführlichen Ernährungsdebatte, über die wir leider wegen Platzmangel heute nicht berichten können. Unser schlesischer Genosse Buchwitz vertrat die sozialdemokratischen Forderungen gegen die Agrarier. Der Landwirtschaftsminister Dr. Wendrich teilte unter anderem mit, daß die Getreidernte fast um die Hälfte mehr gebracht habe als im Vorjahre. Die Ernährungsfrage sei daher nur noch eine Währungsfrage. Auch der volksparteiliche Abgeordnete Graf Stolberg mußte sich scharf gegen die deutsch-nationale wirtschaftspolitische Besetzung wenden, die die Ernährung gefährdet.

Stinnes kauft weiter Zeitungen.

Vor kurzem hat die Hallesche „Saale-Zeitung“, die jahrzehntlang deutschdemokratisch geleitet worden war, ihren Besitzer gewechselt. Sie ist an den Verlag der „Allgemeinen Zeitung“ in Halle übergegangen, der Stinnes nahe stehen soll und politisch sich an die Deutschnationalen anlehnt. Die demokratische „Saale-Zeitung“ wird nun als Kopieblatt der „Allgemeinen Zeitung“ herausgegeben, ohne daß die demokratischen Leser des Blattes von dem Gesinnungswechsel verständigt worden waren. Um dem demokratischen Teil der Bevölkerung Halles ein Blatt seiner Gesinnung zu geben, wird am 2. Oktober ein neues demokratisches Blatt in Halle erscheinen. Es heißt „Mitteldeutscher Kurier“.

Kleinere Feuerungskrawalle in Berlin.

Etwas 1000 Personen, die gestern mittag das Rathaus in Schöneberg zu stürmen versuchten, um vom Bürgermeister die Abschaffung der Lebensmittelpreise zu erzwingen, wurden von der Polizei ohne besondere Zwischenfälle zerstreut. Auf dem Güterbahnhof Steglitz wurden etwa 800 Personen, die einen mit Kartoffeln beladenen Waggon umstellten, um ihn zu plündern, rechtzeitig von der Säuberpolizei auseinandergetrieben. Die Gerüchte über Plünderung von Lebensmitteln in Großberlin sind, wie wir von zuständigen Seite erfahren, völlig haltlos.

Auch in Höchst bei Frankfurt und im Solinger Industriegebiet kam es zu kleineren Feuerungskrawallen, die beziehungsweise von der deutschnationalen Presse in besonders großer Aufmachung berichtet werden — offenbar, um die Agrarier über die politischen Erfolge ihrer Preispolitik zu informieren.

Der Sturz der polnischen Mark.

Seit Anfang Oktober hat sich der Kurs der polnischen Mark in Zürich von 0,0017 auf 0,00065 gesenkt. Im großen und ganzen vollzog sich der Sturz der Polenmark zu der gleichen Zeit, in der der Sturz der Reichsmark erfolgte. Die gemeinsamen Zerfallserscheinungen in der Währung und des polnischen Wirtschaftslebens vor Deutschland. Der Sturz der Polenmark wurde durch die Kündigung von Krediten befehleunt, die Schweizer Banken gemacht hatten. Auch die Abschwächung der Reichsmark nach Deutschland schädigten die polnische Wirtschaft. Der Sturz in Oberschlesien ist eine Folgeerscheinung.

Nach den gleichen Grundzügen erlassen und vergütet das Reich nach erfolgter Rechtsmittelentscheidung eine zweite gezahlte Steuer. Diese Bestimmung findet Anwendung für alle Zahlungen auf Schulden, die nach dem 31. August entstanden sind. Für Erstattungen und Vergütungen von Beträgen, die im Jahre 1923 vor dem 31. August gezahlt worden sind, ist eine besondere Umwertung vorgesehen. Strafen für Steuerhinterziehungen und Zuwiderhandlungen werden fortan in Goldmark ausgeprochen.

Um die Arbeit des Behördenapparates wieder fruchtbringend zu gestalten, werden Vermögenssteuer und Zwangsanleihe als erledigt angesehen, da die Kosten ihrer Veranlagung und Erhebung zu ihrem Ertrag in keinem Verhältnis stehen. Der Finanzminister wird ermächtigt, Finanzrechtstreitigkeiten über kleinste Beträge als erledigt zu erklären.

Eine vernünftige Verordnung des schlesischen Militärbefehlshabers.

Gegen den Kartoffelexport. Der Militärbefehlshaber hat folgende Verordnung erlassen: Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September 1923 in Verbindung mit der Verordnung des Reichswehrministers vom 8. Oktober 1923 verordne ich mit Zustimmung des Regierungskommissars folgendes: Die Kartoffelexportverordnungen der Bevölkerung Nieder- und Oberschlesiens ist infolge des Aufkaufes von Kartoffeln durch außerprovinzielle Käufer gefährdet. Ich verbiete daher bis auf weiteres jeden Kartoffelexport über die Grenze Schlesiens. Bis zum 13. Oktober 1923 einschließlich bei der Bahn ausgelieferte Kartoffelendungen dürfen nach aus Schlessen abrollen. Sobald die Großstädte und Industriekentren mit Kartoffeln genügend versorgt sind, werde ich die Grenzsperrre wieder aufheben. Das Verbot tritt sofort in Kraft.

Ein sozialdemokratischer Zivilkommissar für Sachsen vom Reich ernannt.

Der Reichswehrminister wird in Uebereinstimmung mit dem Minister des Innern den sächsischen Reichstagsabgeordneten, Genossen Meyer-Zwidau, zum Zivilkommissar für Sachsen ernennen.

Dosow bleibt?

München, 12. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der drohende bayrische Protest gegen die geplante Abberufung des Generals v. Dosow hat nunmehr offenbar einen vollen Erfolg zu verzeichnen. Die amtlichen Kreise Münchens sind bereits davon unterrichtet, daß durch einen Schritt des Reichstagslangens beim Reichswehrministerium die Maßnahmen gegen den unvorsichtigen General rückgängig gemacht wurden. Es laun wohl kein Zweifel darüber bestehen, daß dieser den bayrischen Nachhabern ohne jede Notwendigkeit verhängte Ernennung politisch als ein schwerer Fehler bewertet werden

Schlesische Zukunftsorgen.

Zur morgigen Parteitagung.

Während heute im Reichstag die Entscheidung fällt, ob das Ermächtigungsgesetz für das Kabinett Stresemann-Luther-Sollmann die notwendige Zweidrittelmehrheit erhält, rüstet die schlesische Sozialdemokratie zu einer Bezirksparteikonferenz am morgigen Sonntag, die angesichts der Zeitlage wegweisende Bedeutung für unsere engere Heimat haben kann. Wir haben nicht den Beruf, dem Referenten, unserem heute noch am Mittelpunkt der Berliner Entscheidungen wilenden Genossen Löbe, irgendwie vorzugreifen. Nur das eine muß bereits vor der Tagung feststehen: zu einer Diskussion über die bereits historisch gewordenen Entscheidungen der letzten Wochen bietet sie wenig Zeit mehr. Wieviele Genossen in Schlessen die Notwendigkeit der Neubildung der Großen Koalition eingesehen haben und wieviele sich dieser Notwendigkeit noch verschließen, ist praktisch höchst gleichgültig. Daß auch nur ein einziger die vollzogene Tatsache jetzt wieder rückgängig machen möchte, weil ihn die Mitverantwortung drückt und er daher die Zushauerstellung aus der Opposition vorziehen möchte, während es um Sein oder Nichtsein der Republik geht, — das ist wohl ausgeschlossen.

Ja, es geht um den Bestand der Republik und es wäre ruckloser Optimismus, wenn wir etwa nach einer günstigen parlamentarischen Abstimmung am heutigen Tage morgen glauben würden, Deutschland wäre schon über den Berg. Gerade weil wir den Bestand der deutschen Republik für die Voraussetzung des Aufstiegs der deutschen arbeitenden Klassen halten, müssen wir in diesen kritischen Wochen der kleinsten Entscheidung die Erkenntnis zu Grunde legen, daß unter dem doppelten Druck des ausländischen Imperialismus und der schlein-patriotischen inneren Reaktion alles für uns gefährdet ist. Ganz weit zurück treten in einem solchen Augenblick die Sorgen um Agitation, ja selbst die Parteizorgen um einen Wahlsausfall, falls jetzt Reichstagsneuwahlen ausgeschrieben werden müssen. Wenn die Republik zerfällt, sind auch keine Wahlen mehr möglich. Wenn es uns gelingt, sie zu retten, so werden sich, wie wir als Marxisten wissen, auch die Köpfe schon wieder dem dann gegebenen Wirtschaftstatfachen anpassen. Mit der Verantwortung der Stunde werden, so hoffen wir, auch die Entschlüsse wachsen! — m.

Das Koalitionsprogramm der neuen sächsischen Regierung.

Dresden, 12. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die mit Spannung erwartete Landtagsführung, in der die Programm-erklärung der neuen sozialistisch-kommunistischen Koalitionsregierung Sachsens abgegeben wurde, fand um die Mittagshunde des Freitag statt. Als Hauptmacht der Kommunisten Sievers Mitteilungen, die, wenn sie zutreffen, ein Beweis dafür sind, daß auch im roten Sachsen die Reaktion rührig ist und ihr Haupt immer drohter erhebt. Beim Reichswehrregiment 11 in Leipzig sollen nach seiner Behauptung 1000 schwarze Reichswehrsoldaten bereits eingeleitet worden sein und weitere 1500 Mann noch eingefleht werden, um angeblich nach Aue und Dresden geschickt zu werden. Ministerpräsident Genosse Zeigner gab in seiner Regierungserklärung zunächst bekannt, daß die in die Regierung eingetretenen Kommunisten bereits den Eid auf die Verfassung geleistet haben. Die neue Regierung sei eine Regierung der republikanischen und proletarischen Verteidigung gegenüber der Bedrohung der werktätigen Schichten des deutschen Volkes durch die Reaktion. Hätten doch Ruhr und Westfalen die Lösung ausgegeben: „Nieder mit dem Marxismus!“ und damit nicht nur der sozialistischen Arbeiterkraft, sondern aller proletarischen und republikanischen Schichten den Kampf angelegt. Das Großkapital in Industrie, Finanz- und Landwirtschaft sei zur Offensive übergegangen und habe zunächst Tausende von Arbeitern und Angestellten auf die Straße geworfen, um sie durch eine radikale Hungerkur willfährig zu machen gegenüber dem unternommenen Ausbeutungszug. Scharf verurteilte Zeigner das Gebahren der sächsischen Schwerindustriellen, die gleichzeitig von sich aus selbstherrlich den Lohnstreik auslösten und mit französischen Generalen kollaborierten, um gestützt auf deren Bajonette, den deutschen Arbeitern und der deutschen Sozialgesetzgebung zu Leide zu rufen. Im Auftrag der neuen Regierung erklärte er demgegenüber, daß sie sich jederzeit als die Regierung der gesamten werktätigen Bevölkerung fühlen und betätigen werde; ihre Sorge solle den Interessen der Armen und all den proletarischen Schichten gelten, die des staatlichen Schutzes bedürfen, um nicht ruhmlos zu Grunde zu gehen. Gestützt auf die Arbeiter, Angestellten und Beamten, auf die Kleinrentner und herankommenden Mittelschichten wolle das Kabinett die Befreiung einer bedrückten großkapitalistischen Wirtschaft anbahnen. Dazu müge die Bevölkerung selbst einig sein in der entschlossenen Abwehr aller Diktaturgesetze. Als innerpolitisches Programm kündigte der Ministerpräsident die energische Säuberung des Verwalt-

1 Dollar (Berlin) 3990 000 000 M.

lungsapparates von jenen Elementen an, die offen oder verdeckt einer Diktatur des Großkapitals Vorschub leisten. Die Organisation der proletarischen Schichten werde die Regierung mit allen Kräften fördern. Bei der Reichsregierung werde die neue Regierung mit aller Energie für die Erlassung der Sachwerte und Danks für Produktionskontrolle und Erhaltung des Achtstundentages eintreten. Sie werde sich dafür einsetzen, daß die Rechte der Arbeiter, vor allem der Betriebsräte und Gewerkschaften, nicht nur geschützt, sondern auch erweitert würden. Innerhalb des eigenen Machtbereiches will die Regierung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen unbedingte Betriebsstilllegungen einschreiten. Bei der Reichsregierung soll nachdrücklich auf ausreichende Unterstützung der Arbeitslosen, Kopfarbeiter und zeitgemäß Erhöhungen der Sozialbezüge hingewirkt werden. Zur Besserung der Lebensmittellieferung im kommenden Winter will die Regierung den Versuch machen, aus anderen Ländern Getreide und Kartoffeln zu beschaffen.

Mit einem Appell an das sächsische Volk zur Sammlung und Schweiß schloß der Ministerpräsident seine temperamentvollen Ausführungen. Raum war der Beifall verklungen, da waren die Deutschnationalen als Führer der bürgerlichen Opposition schon mit einem Mißtrauensantrag zur Stelle: „Die Regierung zeigt nicht das Vertrauen des Landtages“. Darüber wird jedoch erst in der kommenden Woche die Entscheidung fallen. Die Besprechung der Regierungserklärung und des Mißtrauensantrages wurde auf Dienstag vertagt.

Ein Programmwurf für die proletarische Koalition in Thüringen.

Weimar, 12. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Verhandlungen zwischen der USPD und der KPD über die Bildung der Thüringer Regierung sind soweit gediehen, daß nur noch die Vertiefung der Ministerien vorzunehmen ist. Die Verhandlungskommissionen der USPD und der KPD haben sich auf folgendes Programm für die Tätigkeit der neuen sozialdemokratisch-kommunistischen Regierung geeinigt:

1. Das Land Thüringen als ein Gliedstaat der deutschen Republik an deren Einheit unter allen Umständen festzuhalten ist, hat durch seine Regierung im Rahmen der verfassungsmäßigen Möglichkeiten eine Politik zu treiben und im Reich auf eine Politik einzugehen, die den Interessen der arbeitenden Bevölkerung dient. Grundlage der proletarischen Politik muß die Sicherstellung der Existenz der arbeitenden Bevölkerung und der entschiedenste Kampf gegen den Faschismus, die Renardpolitik der Reaktion und die verfassungswidrige Militärdiktatur sein.

2. Die gegenwärtige politische Situation wird durch einen Vorstoß der Reaktion beherrscht, der bereits in Bayern zur Aufrichtung einer reaktionären monarchistischen Diktatur geführt hat. Dieses brutale Gewaltregiment, Belagerungszustand und Militärdiktatur im Reich, nach Angabe der Reichsregierung gegen die Diktatur in Bayern durchgeführt, richtet sich ausschließlich gegen das wertvolle Volk. Aufgabe der sozialdemokratisch-kommunistischen Regierung Thüringens ist die enge Verbindung mit der sächsischen sozialdemokratisch-kommunistischen Regierung, die Maßnahmen der beiden Parteien zur Abwehr der Reaktion und der Militärdiktatur zu unterstützen.

3. Es ist notwendig, das Ruhrgebiet, das Herz der deutschen Wirtschaft, der Gesamtwirtschaft wiederzugewinnen. Um das zu erreichen, ist unter Aufrechterhaltung der Eigenständigkeit des deutschen Volkes und der nationalen Einheit die Liquidierung des Ruhrkampfes durch entsprechende Reparationen auf Kosten der bestehenden Klasse durchzuführen. Der erste und ausschlaggebende Schritt hierfür ist die Erlassung der Sachwerte durch das Reich. Weiter ist die Schaffung eines Außenhandelsmonopols nach russischem Muster notwendig. Die gesamte Produktion im Reich, vor allem die Schmelze, Trüste usw., sind unter staatliche Kontrolle zu stellen. Zu diesem Zwecke ist der Ausbau des Betriebsrätegesetzes zu erzielen. Solange die Sachwertentwertung durch das Reich nicht durchgeführt ist, ist die Verschärfung der Besteuerungen und die Aufhebung aller den Klassenverbruch und die kleinen Einkommen belastenden Steuern durchzuführen.

4. Gegen alle Pläne, geknüpft auf Bayern und die Militärdiktatur, den Kustlonkist auf Kosten des wertvollen Volkes zu liquidieren, ist der härteste Kampf zu führen. Jeder Anschlag auf den 14. September und die sozialen Rechte der wertvollen Massen, Aufhebung der Erwerbslosenunterstützung, der Demobilisierungsordnungen wird von der Thüringer Regierung gemeinsam mit dem gesamten Proletariat abgewehrt werden.

5. Beide Parteien verpflichten sich, die sozialdemokratisch-kommunistische Regierung Thüringens mit allen Kräften zu kräftigen und zu erhalten. Entgegen dem Betreiben der Reaktion, verfassungswidrig eine Rechtsdiktatur im Reich zu schaffen, muß die sozialdemokratisch-kommunistische Regierung Thüringens alle Kräfte unterstützen, die in Thüringen die Bildung einer Arbeiterregierung für das Reich zu verwirklichen suchen.

6. Beide Parteien verpflichten sich, zum Schutze der Verfassung republikanische Arbeiter-Korpswehren zu schaffen bzw. auszubauen. In den Bezirken und in den Unterbezirken sind sofort gemeinsame Wehrungen der republikanischen Korpswehren zu bilden. Die republikanischen Korpswehren sind der gemeinsamen Regierung im Falle der Gefahr zur Verfügung zu stellen.

7. Die gesamten politischen Organe innerhalb des Landes sind zu verstaatlichen und unter die Leitung der Reichsregierung zu stellen.

8. Erlasse und Verordnungen zum Schutze der Republik, Bekämpfung der nationalsozialistischen Geheimorganisationen unter Zustimmung der staatlichen Exekutivorgane.

9. Behördliche Anerkennung der auf Vorschlag der Gewerkschaften, Kleinhandelsorganisationen und Bauernorganisationen nach dem sächsischen Muster zu bildenden Kontrollausschüsse in den Kreisen und allen größeren Gemeinden. Die Kreis- und Gemeindebehörden haben die Lebensmittellieferung und Verteilung zu regeln und den Kampf gegen den Wucher in Verbindung mit den Kontrollausschüssen zu führen.

10. Zur Sicherung der Ernährung und zur Befreiung des Klein- und Erwerbslosenlands sind sofort Schritte einzuleiten. Zur schnelleren Erleichterung der bestehenden Schwierigkeiten soll der Staat Bürgschaft für die Finanzierung der Ernährungs- und Wirtschaft übernehmen, Reichs- und Staatsbank die hierzu notwendigen Kredite bereitzustellen oder vermitteln. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind die Unternehmer zur vollen Aufrechterhaltung ihrer Betriebe anzuhaltend. U. a. sind von Unternehmungen, deren finanzieller Stand unter Hinzurechnung der Betriebsräte sorgfältig zu prüfen ist, wertbeständige Kredite gegen Verpfändung von Gebäuden zu geben. Wertbeständige Ausführung aller öffentlichen Arbeiten unter Hinzurechnung der produzierten Erwerbslosenunterstützung.

11. Die Schulreform ist im Sinne der Einheitschule fortzuführen und die Volksschulen sind auszubauen.

12. Niederschlagung von Verbrechen aus politischen Anlässen, zum Schutze der Republik unter Herstellung verfassungsmäßiger Zustände, weitgehende Ausübung des Begnadigungsrechtes für Rotkollisten und Verträge gegen die SS 218-220 des Reichsstrafgesetzbuches.

13. Engstes Zusammenarbeiten der Regierung, der Arbeiterorganisationen, der Kampforganisationen der Arbeiter aller Länder mit Arbeitervereinen bei gemeinsamen Anlässen zum Schutze der Republik, insbesondere im Kampf gegen die Reaktion und die Militärdiktatur.

14. Zweck wirksamer Durchführung vorstehender Maßnahmen wird ein außerparlamentarischer Ausschuss gebildet aus je drei Vertretern der beiden Parteien, je zwei von den beiden Parteien zu bestimmenden Vertretern aus den Industriebetrieben und je einem Vertreter des ADGB, der KPD und des USPD.

15. Die Landtagsfraktionen der USPD und KPD bilden einen parlamentarischen Arbeitsausschuss. Dilem Ausschuss werden in Verbindung mit dem Landesauschuss alle Entwürfe vor ihrer Einbringung im Parlament vorgelegt. Anfragen und Interpellationen sind dem parlamentarischen Ausschuss ebenfalls vor ihrer Einbringung vorzulegen.

16. Der parlamentarische Arbeitsausschuss stellt für jeden Tagungsabschnitt einen gemeinsamen Arbeitsplan für die Fraktionen auf. Periodisch finden gemeinsame Fraktionsversammlungen statt.

Der Thüringische Landtag wird am Dienstag, den 16. Oktober, zusammentreten.

Dieses Programm ist an Forderungen sehr reich, die agitatorisch den kommunistischen Parteien weitgehend Rechnung tragen. Es übertrifft darin Feigners Programmklärung bei weitem. Ob das Aufstellen solcher radikal klingender Forderungspunkte aber bereits ein Erfolg ist, darüber wird auch in den Massen selber berechtigter Zweifel herrschen. Wir glauben, daß von diesem Programmwurf, der ja noch nicht endgültiges thüringisches Regierungsprogramm geworden ist, der größte Teil auf jeden Fall für absehbare Zeit Entwurf bleiben und nicht Wirklichkeit werden wird. Die Thüringer Verhandlungskommission scheint zu vergessen, daß in Mitteldeutschland eine Linkregierung nur möglich ist, solange im Reich eine starke Regierung der Mitte herrscht. Auf sich selbst gestellt, würden die mitteldeutschen Linkregierungen durch den Wirtschaftsaufbau ihrer Länder sich leider wahrscheinlich schlechter halten können als selbst das kahlenarmer Bayern. Eine Arbeiterregierung in Berlin aber würde die mitteldeutschen Linkregierungen bei den heutigen Machtverhältnissen weniger frügen können, als sie vielmehr selbst der Stützung durch sie bedürfte. Sie wird selbst von einseitigen Kommunisten in diesem entscheidenden Augenblick als unhaltbar erkannt.

Die Bildung der Koalitionen mit den Kommunisten in den beiden mitteldeutschen Staaten ist wohl unvermeidlich geworden, nachdem dort gemeinsame proletarische Hundertschaften gebildet worden waren. Seit diesem Schritt stellte es sich als immer notwendiger heraus, die Kommunisten auch zur Mitverantwortung heranzuziehen. Die

Erfahrungen mit diesen gemeinsamen Hundertschaften selbst aber, wie sie uns von durchwegs wohlwollenden proletarischen Mitarbeitern schildert werden, lassen uns in Schließen die Nachahmung mitteldeutscher Verhältnisse auf keinen Fall als geraten erscheinen. Wir werden die sächsischen und thüringischen Experimente mit den aufrichtigsten besten Wünschen, aber nicht ohne Sorge begleiten. Sie können Erfolg nur haben, wenn sie von der Erkenntnis getragen sind, daß die Übernahme der Gesamtverantwortung gemeinsam mit den schlechtdisziplinierten Kommunisten unter Umständen auch einen entscheidenden Rückschlag für die Arbeiterbewegung durch eine schwere Erschlüchterung ihres Ansehens bringen kann.

Ein sozialdemokratischer Antrag zur Steuerentlastung der Konsumvereine.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag folgenden Antrag eingebracht: „Die furchtbare Entwertung der Mark und die Notlage großer Schichten der Verbraucher haben die Konsumgenossenschaften aller Art in immer mehr Bedrängnis gebracht. Weniger als andere privatwirtschaftliche Unternehmungen gleicher Art sind sie imstande, die Preise ihrer Waren der Geldentwertung anzupassen. Eine zunehmende Verringerung ihrer Vermögens- und Warenbestände ist deshalb die Folge dieser Entwicklung gewesen. Aber auch die Allgemeinheit wird durch diese Erschwerung der Lage der Konsumvereine stark bedroht. Fast ein Drittel der deutschen Bevölkerung ist auf den Warenbezug durch die Konsumvereine angewiesen. Sind die Konsumvereine nicht mehr imstande, diese Aufgabe zu erfüllen, dann bleiben Störungen des Wirtschaftslebens und der öffentlichen Ordnung und Ruhe unvermeidlich. Es erscheint deshalb als die Pflicht des Reiches, bei seinen finanzpolitischen Maßnahmen Rücksicht auf diese Verhältnisse zu nehmen. Selbst bei nominell gleicher Belastung der Konsumvereine durch die Steuererhöhung ist die tatsächliche Belastung stets ein Vielfaches höher als die anderer wirtschaftlicher Unternehmungen, weil die Konsumgenossenschaften ihren steuerlichen Verpflichtungen stets reaktionär und auf das pünktlichste nachkommen sind. Angesichts dieser Umstände beantragen wir: Der Reichstag wolle beschließen:

1. Im § 2 des Umsatzsteuergesetzes eine Ziffer 13 mit folgendem Wortlaut anzufügen: 13. Von der Umsatzsteuer sind befreit bei den Genossenschaften, die einem Konsumverein angehören und die der gemeinschaftlichen Verwertung von Erzeugnissen der Genossen oder dem gemeinschaftlichen Abgang der Genossen oder dem gemeinschaftlichen Einkauf von Waren für die Genossen oder der Herstellung von Häusern für die Genossen dienen, derjenige Teil des Umsatzes, der den für die Erzeugung und Waren der Genossen oder den eingekauften Waren oder den für die Herstellung der Häuser gezahlten Entgelten entspricht. Das Gleiche gilt bei den in ihrer Hauptbestimmung als Zentralen der Genossenschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Aktiengesellschaften, deren Gesellschaften ausschließlich oder doch überwiegend die im Absatz 1 bezeichneten Genossenschaften sind.

2. Entsprechend der Befreiung der Kleinbetriebe von der Betriebssteuer sind auch die Konsumvereine und deren Zentralen von der Entziehung der Betriebssteuer auszunehmen.“

Der Generalfreist in Ost-Oberschlesien.

Das Personal des königlicher Post- und Telegraphenamtes hat aus unbekanntem Gründen den Streik vorübergehend unterbrochen. Dadurch ist es WTB möglich geworden, über die Lage folgendes in Erfahrung zu bringen: Auf allen Gruben und Hüften Ost-Oberschlesiens wird bis heute in vollem Umfang weitergearbeitet. Der Bahn-, Post- und Telegraphenverkehr steht nach wie vor still. Die unteren Justizbeamten haben sich der Auslandsbewegung angeschlossen, desgleichen hat die Straßenbahn den Betrieb eingestellt. Nur die Chorjowitzer Elektrizitätswerke arbeiten, da für den Fall der Stilllegung des Wertes militärische Besetzung angebroht worden ist. Neben der Besetzung der augenblicklichen Lohnhöhen verlangen die Ausschüsse jetzt die Aufstellung einer Inbezug für alle künftigen Lohn- und Gehaltszahlungen. Die Regierung bemüht sich krampfhaft um die Beilegung des Konflikts. Über Ausschreitungen ist bis zur Stunde nichts bekannt.

Die Reichsbahnaktion teilt mit: Infolge des Generalfreists in Ost-Oberschlesien werden vorübergehend die deutschen Züge an der polnischen Grenze von der dortigen Eisenbahnbetriebe nicht übernommen. Die nach Ost-Oberschlesien reisenden Personen werden deshalb mit längerem Aufenthalt an der Grenze zu rechnen haben. Eine Sperrung des Güterverkehrs ist bisher nicht eingetreten.

In der Familie.

Von Guy de Maupassant.

10]

So wie Frau Carawan ihrer ansichtig geworden war, machte sie ihnen verweilte Zeichen und sagte denn laut: „Hi, hi, hi, hi!“

„Hi, hi, hi!“ Das ist eine Ausrufung!

„Hi, hi, hi!“ Das ist eine Ausrufung, um zu verstehen, sie antwortete mit halber Stimme: „Auf Ihre Denker hin sind wir gekommen, wir glauben, es wäre zu Ende.“

„Hi, hi, hi!“ Das ist eine Ausrufung, um zu verstehen, sie antwortete mit halber Stimme: „Auf Ihre Denker hin sind wir gekommen, wir glauben, es wäre zu Ende.“

„Hi, hi, hi!“ Das ist eine Ausrufung, um zu verstehen, sie antwortete mit halber Stimme: „Auf Ihre Denker hin sind wir gekommen, wir glauben, es wäre zu Ende.“

„Hi, hi, hi!“ Das ist eine Ausrufung, um zu verstehen, sie antwortete mit halber Stimme: „Auf Ihre Denker hin sind wir gekommen, wir glauben, es wäre zu Ende.“

„Hi, hi, hi!“ Das ist eine Ausrufung, um zu verstehen, sie antwortete mit halber Stimme: „Auf Ihre Denker hin sind wir gekommen, wir glauben, es wäre zu Ende.“

„Hi, hi, hi!“ Das ist eine Ausrufung, um zu verstehen, sie antwortete mit halber Stimme: „Auf Ihre Denker hin sind wir gekommen, wir glauben, es wäre zu Ende.“

„Hi, hi, hi!“ Das ist eine Ausrufung, um zu verstehen, sie antwortete mit halber Stimme: „Auf Ihre Denker hin sind wir gekommen, wir glauben, es wäre zu Ende.“

„Hi, hi, hi!“ Das ist eine Ausrufung, um zu verstehen, sie antwortete mit halber Stimme: „Auf Ihre Denker hin sind wir gekommen, wir glauben, es wäre zu Ende.“

„Hi, hi, hi!“ Das ist eine Ausrufung, um zu verstehen, sie antwortete mit halber Stimme: „Auf Ihre Denker hin sind wir gekommen, wir glauben, es wäre zu Ende.“

„Hi, hi, hi!“ Das ist eine Ausrufung, um zu verstehen, sie antwortete mit halber Stimme: „Auf Ihre Denker hin sind wir gekommen, wir glauben, es wäre zu Ende.“

„Hi, hi, hi!“ Das ist eine Ausrufung, um zu verstehen, sie antwortete mit halber Stimme: „Auf Ihre Denker hin sind wir gekommen, wir glauben, es wäre zu Ende.“

„Hi, hi, hi!“ Das ist eine Ausrufung, um zu verstehen, sie antwortete mit halber Stimme: „Auf Ihre Denker hin sind wir gekommen, wir glauben, es wäre zu Ende.“

„Hi, hi, hi!“ Das ist eine Ausrufung, um zu verstehen, sie antwortete mit halber Stimme: „Auf Ihre Denker hin sind wir gekommen, wir glauben, es wäre zu Ende.“

„Hi, hi, hi!“ Das ist eine Ausrufung, um zu verstehen, sie antwortete mit halber Stimme: „Auf Ihre Denker hin sind wir gekommen, wir glauben, es wäre zu Ende.“

„Hi, hi, hi!“ Das ist eine Ausrufung, um zu verstehen, sie antwortete mit halber Stimme: „Auf Ihre Denker hin sind wir gekommen, wir glauben, es wäre zu Ende.“

„Hi, hi, hi!“ Das ist eine Ausrufung, um zu verstehen, sie antwortete mit halber Stimme: „Auf Ihre Denker hin sind wir gekommen, wir glauben, es wäre zu Ende.“

„Hi, hi, hi!“ Das ist eine Ausrufung, um zu verstehen, sie antwortete mit halber Stimme: „Auf Ihre Denker hin sind wir gekommen, wir glauben, es wäre zu Ende.“

„Hi, hi, hi!“ Das ist eine Ausrufung, um zu verstehen, sie antwortete mit halber Stimme: „Auf Ihre Denker hin sind wir gekommen, wir glauben, es wäre zu Ende.“

„Hi, hi, hi!“ Das ist eine Ausrufung, um zu verstehen, sie antwortete mit halber Stimme: „Auf Ihre Denker hin sind wir gekommen, wir glauben, es wäre zu Ende.“

„Hi, hi, hi!“ Das ist eine Ausrufung, um zu verstehen, sie antwortete mit halber Stimme: „Auf Ihre Denker hin sind wir gekommen, wir glauben, es wäre zu Ende.“

„Hi, hi, hi!“ Das ist eine Ausrufung, um zu verstehen, sie antwortete mit halber Stimme: „Auf Ihre Denker hin sind wir gekommen, wir glauben, es wäre zu Ende.“

„Hi, hi, hi!“ Das ist eine Ausrufung, um zu verstehen, sie antwortete mit halber Stimme: „Auf Ihre Denker hin sind wir gekommen, wir glauben, es wäre zu Ende.“

„Hi, hi, hi!“ Das ist eine Ausrufung, um zu verstehen, sie antwortete mit halber Stimme: „Auf Ihre Denker hin sind wir gekommen, wir glauben, es wäre zu Ende.“

„Hi, hi, hi!“ Das ist eine Ausrufung, um zu verstehen, sie antwortete mit halber Stimme: „Auf Ihre Denker hin sind wir gekommen, wir glauben, es wäre zu Ende.“

„Hi, hi, hi!“ Das ist eine Ausrufung, um zu verstehen, sie antwortete mit halber Stimme: „Auf Ihre Denker hin sind wir gekommen, wir glauben, es wäre zu Ende.“

„Hi, hi, hi!“ Das ist eine Ausrufung, um zu verstehen, sie antwortete mit halber Stimme: „Auf Ihre Denker hin sind wir gekommen, wir glauben, es wäre zu Ende.“

„Hi, hi, hi!“ Das ist eine Ausrufung, um zu verstehen, sie antwortete mit halber Stimme: „Auf Ihre Denker hin sind wir gekommen, wir glauben, es wäre zu Ende.“

„Hi, hi, hi!“ Das ist eine Ausrufung, um zu verstehen, sie antwortete mit halber Stimme: „Auf Ihre Denker hin sind wir gekommen, wir glauben, es wäre zu Ende.“

„Hi, hi, hi!“ Das ist eine Ausrufung, um zu verstehen, sie antwortete mit halber Stimme: „Auf Ihre Denker hin sind wir gekommen, wir glauben, es wäre zu Ende.“

„Hi, hi, hi!“ Das ist eine Ausrufung, um zu verstehen, sie antwortete mit halber Stimme: „Auf Ihre Denker hin sind wir gekommen, wir glauben, es wäre zu Ende.“

„Hi, hi, hi!“ Das ist eine Ausrufung, um zu verstehen, sie antwortete mit halber Stimme: „Auf Ihre Denker hin sind wir gekommen, wir glauben, es wäre zu Ende.“

„Hi, hi, hi!“ Das ist eine Ausrufung, um zu verstehen, sie antwortete mit halber Stimme: „Auf Ihre Denker hin sind wir gekommen, wir glauben, es wäre zu Ende.“

„Hi, hi, hi!“ Das ist eine Ausrufung, um zu verstehen, sie antwortete mit halber Stimme: „Auf Ihre Denker hin sind wir gekommen, wir glauben, es wäre zu Ende.“

Gegen die Unternehmerdiktatur!

Ein Aufruf der gewerkschaftlichen Spitzenverbände.

Die Erzeugnisse, die sich die Arbeitnehmer bisher erkämpft haben, verdanken sie ihren Organisationen, die diese Rechte den Unternehmern in jedem Ringen Stück für Stück abgetrotzt haben. Bei allen Gesetzen und Verordnungen, die das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer bei der Regelung ihrer Arbeitsbedingungen erweiterten und den Grund zu einer Demokratisierung der Wirtschaft legten, sind die Gewerkschaften und die Arbeiterparteien auf den erbitterten Widerstand der Unternehmer gestossen. Alle Bestimmungen, die dem Schutz der Arbeitnehmer vor willkürlichen Entlassungen dienen, und die freie eigenmütige Verfügung der Unternehmer über die Fabriken, die Arbeitsstätten der Werkstätten einzuschänken, mußten gegen die autoritären Gelüste der Industriekapitäne durchgesetzt werden.

Jetzt zeigen diese mächtigsten und einflussreichsten Unternehmer durch ihr Auftreten erneut, daß sie den Geist der neuen Zeit nicht erfaßt haben. Sie wollen Herr im Hause sein, wie sie es vor dem Kriege waren. Sie wollen die Wirtschaft ausschließlich nach eigenem Ermessen führen, ohne dem Staat, der Volksgemeinschaft, Rechenschaft schuldig zu sein über ihr Tun und Lassen. Die menschliche Arbeitskraft soll keine andere Geltung haben dürfen wie die anderen Elemente der Produktion. Sie ist für diesen Teil der Unterwelt, der nur ein Objekt der Raffination, wie ihre Werkzeuge und Maschinen und sie haben kein anderes Interesse an ihr, als daß sie billig und willig ist.

Die Arbeitskraft ist das einzige Kapital der Arbeitnehmer. Sie müssen deshalb darauf bestehen, durch ihre eigenen Organisationen, durch die Gewerkschaften, mitzubestimmen, für welche Zeit und um welchen Preis sie dieses Kapital in den Dienst der Wirtschaft stellen. Nur dann werden sie es mit ganzem Herzen tun, wenn die Wirtschaft nicht ausschließlich zum Zwecke der Bereicherung und Machterweiterung bevorzugter Gruppen betrieben wird, sondern zum Nutzen und im Interesse der Volksgemeinschaft. Ihnen liegt nichts daran, daß der Einzelne profitiert. Sie wollen, daß das Volksganze gedeiht. Sie wollen, daß die Wirtschaft den Zwecken der Volksgemeinschaft untergeordnet wird. Die Arbeitskraft ist eines der höchsten Güter der Nation. Von ihrer Erhaltung und Vermehrung hängt die Zukunft des Volkes ab. Die Gewerkschaften können und werden deshalb nicht dulden, daß dieses Nationalgut willkürlicher Ausbeutung schutzlos preisgegeben wird.

Der katastrophale Währungsverfall, der nicht zum wenigsten durch die Schuld der führenden Wirtschaftskreise herbeigeführt worden ist, hat auch die Finanzkraft der Gewerkschaften geschwächt. Deshalb glauben diese Unternehmerkreise, daß sie nun mühelos den Widerstand der Gewerkschaften abtun können; sie geben sich der Täuschung hin, daß die Kraft des werktätigen Volkes gebrochen und die Stunde gekommen sei, sich über die verbürgten Rechte der Arbeitnehmer hinwegzusetzen.

Aber sie haben die Rechnung ohne die Arbeitnehmerschaft gemacht. So stehen die Dinge in Deutschland nicht, daß eine Handvoll Grubenbarone sich erdreisten dürfte, den Bergarbeitern willkürlich die Bedingungen zu diktiert, unter denen sie arbeiten sollen. Die Bergarbeiter sind gewillt, Überstunden zu leisten, wenn das Lebensinteresse der Nation es erfordert. Sie haben bei mehr als einer Gelegenheit bewiesen, daß sie bereitwillig Opfer für das Wohl des Volkes bringen, mehr als jene Unternehmer, die jahraus, jahrein das Reich als den Feind ihrer Interessen behandelt haben.

Diese Schichten glauben, gestützt auf die rechtsradikalen Legionen und auf jene Kreise der Landwirtschaft, die ihre vollen Scheuern dem hungernden Volk verschließen, den rückwärtslosen Klassenkampf gegen die Arbeitnehmer führen zu können. Sie spekulieren auf das wachsende Heer der Arbeitslosen, sie rechnen mit der politischen Herrschaft der Arbeitnehmerschaft.

Aber diese Pläne, zu deren Verwirklichung der bayrische Diktator und die Grubenbarone das Signal gegeben haben, werden und müssen ausfallen.

In ihrer Verblendung haben die Vorkämpfer der wirtschaftlichen und politischen Reaktion selbst die Parole unter die Waffen geworfen, die sie zu einer festeren Einheit zusammenschmiedet wie als je zuvor. Um das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in Staat und Wirtschaft gibt es kein Markten, kein Feilschen. Dieses Grundrecht der Arbeit, diese Anfangserregung ihrer Freiheit, wird sich die Arbeitnehmerschaft nicht entziehen lassen.

Die Gewerkschaften sind bereit zu diesem Kampf. Sie wissen, daß sie die gesamte Arbeitnehmerschaft, ohne Unterschied der Partei, hinter sich haben. Alle in ihren Organisationen zusammengeschlossenen Arbeiter, Angestellten und Beamten werden zu Opfern und Entbehrungen bereit sein — trotz allen Glanzes, wenn dieser Kampf ihnen aufgezwungen wird. Und es wird sich zeigen, daß ihre kampfgewohnten Scharen weder den Glauben an ihre großen Ziele noch den Mut zur Tat verloren haben, wenn es gilt, das Neujahr abzuwehren, ihre Entrechtung durch die Unternehmer.

Die Feinde der Arbeiterbewegung seien gewarnt. Die Gewerkschaften werden nicht zögern, die ganze Macht der vereinigten Arbeitnehmerschaft aufzubieten, um jeden Versuch zu vereiteln, auf dem Wege des politischen Umsturzes und der wirtschaftlichen Diktatur die alten Herrenrechte wieder in Kraft zu setzen, die das deutsche Proletariat in unergieblichen Kämpfen ein für allemal beseitigt hat.

Berlin, den 12. Oktober 1923.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
Leipart.

Allgemeiner Freier Angestelltenbund.
Süß.

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.
Falkenberg.

Die neue Uniform für die Schulpolizei.

Die Schulpolizei wird in der nächsten Zeit in einer neuen Uniform erscheinen. Sie wird im Schnitt der alten ähnlich sein; die Hose ist aus schwarzem Tuch mit karmoisinrotem Vorstoß, der Rock aus blauem Tuchstoff hergestellt, aus dem künftig auch die Mäntel und die Umhänge angefertigt werden, ebenso auch die Schirmmützen.

Wie erinnert, hat die Interalliierte Kontrollkommission die Reichsregierung am 15. März 1922 in einer Note aufgefordert, eine Umänderung der Uniform der Grünen Polizei vorzunehmen, wobei sie im wesentlichen die Umänderung der Grundfarbe in ein Blau forderte. Das Preussische Ministerium des Innern hat daraufhin alsbald neue Stoffe für die Schulpolizei bestellt. Eine Mehrausgabe ist durch die Umänderung der Uniform nicht entstanden, einmal weil man inzwischen die Bestände an grünem Tuch fast vollständig aufgebraucht hat und noch weiter aufbraucht, zum anderen weil die Anschaffung des neuen Tuches in einer Zeit erfolgt ist, in der sie finanziell leichter zu tragen war, als wenn man jetzt für die aufgebrauchten grünen Uniformen neue Uniformen derselben Farbe hätte herstellen lassen müssen. In einer Verfügung weist der Minister des Innern, dem Amtlichen Preussischen Presseamt zufolge, darauf hin, daß bei der Auswahl der Stoffe, der Farben und des Schnittes der Uniform alle im Polizeidienst und insbesondere in der Bekleidungsindustrie gemachten Erfahrungen berücksichtigt worden sind. Die neue Uniform wird also allen Anforderungen des Polizeidienstes entsprechen und die Beamten gegen Witterungseinflüsse in weitestgehendem Umfange schützen. Die neue Uniform als Dienstuniform darf erst nach Aufbrauch der alten grünen angelegt werden. So muß während der Uebergangszeit in den größeren Unterkunftsarten die verschiedene Uniformierung (grün und blau) in den Kauf genommen werden. Dabei soll aber Wert auf möglichst gleichmäßige Bekleidung, wenigstens innerhalb eines Reviers oder einer Inspektion, gelegt werden. Das Umfärben der grünen Uniformen läßt sich nicht ermöglichen, da — von den hohen Kosten abgesehen — Verluste ergeben haben, daß die Bekleidungsstücke durch das Färben leiden und unansehnlich werden.

Aus aller Welt.

Das Räuberin zum Tode verurteilt.

In der letzten Sitzung wurde vor dem Schwurgericht Köln gegen Frau Franziska Wegemann und deren Liebhaber Joseph Schneider verhandelt. Beide hatten gemeinsam dem kranken Ehemann mit Arsenik vergiftete Speisen verabreicht. Der Mann starb am 10. April 1923. Die Verurteilung ergab lebenslange Zuchthaus für Schneider, für Wegemann die Verbüßung der vorläufigen Zuchthaus für fünf Jahre. Die Frau wurde zum Tode und ihr Liebhaber zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Berechnung des Lebenshaltungsindex.

Ueber das Zustandekommen der Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten bestehen in der Öffentlichkeit vielfach irrige Vorstellungen. Sie machen eine Korrektur um so mehr notwendig, als diese Zahlen unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen für die Festsetzung der Lohnhöhe außerordentlich hohe Bedeutung zukommt. Die dabei häufig zutage tretenden Mißverständnisse lassen es angelegentlich erscheinen, einen zusammenfassenden Rückblick über die jüngste Entwicklung des Lebenshaltungsindex, besonders hinsichtlich seiner Berechnung zu geben.

Dienstag, den 16. Oktober, abends 7 1/2 Uhr
im großen Saale des Gewerkschaftshauses:

Vollversammlung der gesamten Betriebsräte Breslaus

Tagesordnung:

1. Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage der Arbeitnehmer
2. Die Wirkung der Demobilisierungsbestimmungen auf unsere Wirtschaft
3. Geschäftliches.

Zutritt wird nur gegen Vorzeigung der Betriebsräteausweiskarte und des Mitgliedsbuches der zuständigen Gewerkschaft gewährt.

Die Betriebsrätezentrale.

Bis zum Juni d. Js. erfolgte monatlich die Veröffentlichung einer Indexziffer, die vom Statistischen Reichsamt auf Grund der sogenannten Evidenzmeldungen berechnet wurde. Dieser Evidenzindex umfaßt 71 Gemeinden aus der Summe der etwa 500 deutschen Orte mit mehr als 10 000 Einwohnern, die der Lebenshaltungskategorie unterliegen. Die Auswahl erfolgt so, daß sich Groß, Mittel- und Kleinstädte mit teils mehr industriellen, teils mehr landwirtschaftlichen Charakter auf das ganze deutsche Gebiet verteilen. Zur Ermittlung des Index wird für jede Evidenz-

stadt eine Lebenshaltungskategorie berechnet, die die notwendigen Wochen-Ausgaben einer fünfköpfigen Familie (Eternpaar und drei minderjährige Kinder) für Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Kleidung nach einem feststehenden Schema gibt. Mit Hilfe eines Wägungsverfahrens, bei dem die 71 Gemeinden in 6 Größenklassen eingeteilt werden und jede mit der durch sie repräsentierten Einwohnerzahl gemessen wird, erfolgt die Feststellung einer Durchschnittslebenshaltungskategorie für das ganze Reich. Diese, mit der entsprechenden Friedens-Lebenshaltungskategorie (= 1 gesetzt) verglichen, ergibt den Index für die Lebenshaltungskosten.

Die kürzliche Preisentwicklung seit etwa Mitte dieses Jahres und die Einführung der sogenannten „wertbeständigen“ Wöhne machte einen Lebenshaltungsindex erforderlich, der mindestens allwöchentlich erscheint. Die sofortige Umstellung sämtlicher 71 Evidenzgemeinden auf eine achtstellige Erhebung konnte aber zunächst nicht erfolgen. So kamen denn vorerst für den seit Ende Juni d. Js. berechneten Wochenindex hauptsächlich nur die größeren Städte mit statistischen Ämtern in Frage. Unter Hinzuziehung einiger kleinerer Orte wurde für 29 Gemeinden ein Wochenindex eingerichtet, der so beschaffen werden konnte, daß bereits 2 Tage nach der Preisveränderung in den einzelnen Gemeinden der Wochenindex durch die Presse bekanntgegeben werden konnte.

Um nun die Gewähr zu haben, daß sich der Wochenindex der 29 Städte vom Lebenshaltungsniveau des Reichs nicht allzu weit entfernte, mußte jedesmal der Anschluß an den letztvorliegenden Evidenzindex (71 Gemeinden) gesucht werden, an dem eben aus Gründen der Ueberprüfung nach wie vor festgehalten worden war. Diese Anschlußnahme erfolgte derart, daß die Veränderung des Lebenshaltungsniveaus in den 29 Wochenindexgemeinden seit dem Zeitpunkt des letzten Evidenzindex nach dem Prozentsatz ermittelt und dieser auf den 71 Evidenzindex aufgeschlagen wurde. Die so gewonnene Wochenindexziffer auf die der Vorwoche bezogen, führte zum Stelgerungsindex der Teuerung in der zurückliegenden Woche. In diesem Verfahren lag eine automatische Korrektur der Abweichungen des Wochen- und Evidenzindex, die sich immer erst nachträglich (nämlich nach der Berechnung des Evidenzindex) zeigten. Anfangs betrug die Unterschiede zwischen dem veröffentlichten Wochenindex und dem Index der 71 Gemeinden nur wenige Prozente. Die überstürzte Teuerungsbewegung seit Anfang August d. Js. änderte das Bild. Ganz ungleichmäßige Preissprünge in den verschiedenen Größenklassen der Gemeinden führten zu einem stärkeren Auseinandergehen vom Wochen- und Evidenzindex, das sich zwar immer wieder nachträglich korrigierte, aber trotzdem die Notwendigkeit ergab, an einem Wochenindex zurückzuführen, der sich unmittelbar auf der breiten Basis der 71 Gemeinden aufbaut.

Die erforderliche Umstellung sämtlicher Evidenzgemeinden auf den Wochenindex ist seit Anfang September durchgeführt. Den nunmehr veröffentlichten Wochenindexzahlen liegen jetzt stets die Meldungen der 71 Evidenzgemeinden zugrunde. Damit ist ein gewisser vorläufiger Abschluß einer Entwicklung erreicht, die dazu beitragen hat, dem rapid fortschreitenden Tempo der Geldentwertung die beschleunigte Feststellung ihres wichtigsten Gradmessers folgen zu lassen.

Stoffe für Mental auf Kostüme

Teilzahlung

ohne Aufschlag auch bei Geldentwertung, also fester Papiermarkpreis

Lohestr. 15

Die Obleute der Breslauer Metallindustrie zur Wirtschaftslage.

Am Donnerstag nahmen die Betriebsratsvorsitzenden der gesamten Metallindustrie Stellung zur Wirtschaftslage und deren Auswirkungen. Einmütig war die Auffassung, daß die deutsche Mark als Zahlungsmittel aufgehört hat, zu existieren und an deren Stelle ein neues Zahlungsmittel bald geschaffen werden muß. Die Maßnahmen zur Hebung der Wirtschaft können nur gelingen unter grundsätzlicher Festhaltung am Achtstundentag. Wenn Überstunden notwendig sind, sind diese nur von Fall zu Fall regelbar. Die Beibehaltung der Demobilisierungsverordnung vom 12. Februar 1920 wird mehr als je für eine unbedingte Notwendigkeit erachtet, da sonst der Wille der Arbeitgeber bei Entlassungen für und Tor geöffnet wären. Der Sturz der Mark in die Tiefe hat die Arbeiterkraft vor ein Nichts gestellt, und wenn sie vor dem Verhungern geschützt werden soll, hält sie es als eine Forderung des Tages, daß die gesamte Arbeitgeberchaft den Arbeitern baldigst einen nennenswerten à conto-Beitrag auf den Lohn zur Auszahlung bringt.

Die Auszahlung der Kurzarbeiterunterstützung der Erwerbslosenunterstützung muß alsbald einer Regelung unterzogen werden, damit die Kurzarbeiter nicht erst nach drei bis vier Wochen in den Besitz ganz entwerteten Geldes kommen.

Zur Klärung der Lage halten die Obleute eine baldige Betriebsräte-Vollversammlung für notwendig.

Zum Neuaufschluß des Tarifes der Metallindustrie wird an den Errechnungen des Breslauer Lohnamtes festgehalten, im anderen Falle eine geringere Erhöhung der Lohnsätze eine weitere Senkung des Lohnniveaus und Herabsetzung der an und für sich ungenügenden Lebenshaltung bedeutet, die nur die Kaufkraft der breiten Massen schwächt und einen schnelleren Untergang des Wirtschaftslebens herbeiführt. Von den noch zur Beratung stehenden Verhandlungspunkten keine Berücksichtigung der bisherigen Bestimmungen.

Die sechs Arbeitgeberverbände, im „Schlesischen Metallgewerbe“ vereinigt, versuchen bei den Lohnauszahlungen, den Arbeitern Verschlechterungen zuzumuten, welche von den Arbeitern dieser Betriebe mit Entrüstung zurückgewiesen werden.

Lehrlingsentschädigung im Bauhölzergewerbe.

Seit Jahren kommen über das Bauhölzergewerbe die erbittertesten Klagen, daß die Meister eine unverhältnismäßig hohe Zahl von Lehrlingen beschäftigen und diesen über eine Kostgeldentschädigung geben, die als Entschädigung nicht anzusehen ist. Fast schon es, daß alle Bemühungen der Eltern und der Behörden, die das öfteren für die Lehrlinge eintraten, vergeblich sein sollten. Die Lehrlinge verfielen deshalb zum großen Teil ihre Zukunft bei der Gewerkschaft, und der Deutsche Metallarbeiterverband nahm sich der Interessen der Lehrlinge besonders an, wie ja auch die große Elternversammlung am 3. September besetzte und Herr Obermeister Salkowatz von der Bauhölzer-Jahung, der als geladener Gast erschienen war, dort behandelte, daß er viel Anregungen empfangen habe, die er bestrebt sein wird, zu verwirklichen. Die Bauhölzer-Jahung hat nun in ihrer letzten Generalversammlung beschlossen, ihre Lehrlinge besser zu entschädigen, indem der Betrag erhöht wurde, von nun an den Lehrlingen im ersten Lehrjahr 3 Millionen, im zweiten Lehrjahr 6 Millionen, im dritten Lehrjahr 9 Millionen und im vierten Lehrjahr 12 Millionen Mark die Woche zu zahlen. Wenn auch diese Höhe lange nicht ausreichend sind und die Meister noch mehr Entschädigung werden bekommen müssen, wenn sie den Lehrlingen einbringen können, werden diese Lehrlinge mit 12 000 bis 18 000 Mark die Woche „bezahlt“ werden, ein Fortschritt, der der Handwerkskammer gegenüber, deren Mitgliedern zurzeit noch unbekannt ist.

Die Lehrlinge und Eltern wollen nun auch darauf achten, daß alle Meister diese Höhe zahlen und wo dies nicht geht, daß sie den Bauhölzerverband warnen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 13. Oktober.

Bereinigte Sozialdemokratische Partei.

Parteigenossinnen und -Genossen!

Auf verschiedene Anfragen weisen wir darauf hin, daß

nur die Hälfte oder wenn sie noch weniger arbeiten ein Drittel der vollen

zu entrichten haben.

Dienstag 5. Heute Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr, bei

Dienstag 14. Heute abend, 7 1/2 Uhr, außerordentliche

Mittwoch, den 17. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im

Eltern und Freunde der Arbeiterjugend!

Das Heim 3 der Breslauer Arbeiterjugend veranstaltet

Zungesellschaft. Sonntag, abends 7 1/2 Uhr: Gemeinschafts-

abend. Tagespolitische Aussprache, voraussichtlich sprich

Wichtig, Arbeiterjugend! Sämtliche Mitglieder des Heimes 3

haben Sonntag, den 14. Oktober, vormittags 9 Uhr, im Zeichenaal

von Lebensmittelmarkt.

Die Ernährungsnotlage ist auf das höchste gestiegen.

In wenigen Tagen steigen die Preise ins Ungemessene.

zu den Erwerblosen der Breslauer Erwerblosen

Der Erwerblosenrat der Breslauer Erwerblosen

Der Erwerblosenrat der Breslauer Erwerblosen

Der Erwerblosenrat der Breslauer Erwerblosen

Der Erwerblosenrat der Breslauer Erwerblosen

Der Erwerblosenrat der Breslauer Erwerblosen

Der Erwerblosenrat der Breslauer Erwerblosen

Der Erwerblosenrat der Breslauer Erwerblosen

Der Erwerblosenrat der Breslauer Erwerblosen

Der Erwerblosenrat der Breslauer Erwerblosen

Der Erwerblosenrat der Breslauer Erwerblosen

Der Erwerblosenrat der Breslauer Erwerblosen

Der Erwerblosenrat der Breslauer Erwerblosen

Der Erwerblosenrat der Breslauer Erwerblosen

Der Erwerblosenrat der Breslauer Erwerblosen

Der Erwerblosenrat der Breslauer Erwerblosen

Der Erwerblosenrat der Breslauer Erwerblosen

Der Erwerblosenrat der Breslauer Erwerblosen

Der Erwerblosenrat der Breslauer Erwerblosen

Der Erwerblosenrat der Breslauer Erwerblosen

Der Erwerblosenrat der Breslauer Erwerblosen

Der Erwerblosenrat der Breslauer Erwerblosen

Der Erwerblosenrat der Breslauer Erwerblosen

Der Erwerblosenrat der Breslauer Erwerblosen

Der Erwerblosenrat der Breslauer Erwerblosen

Der Erwerblosenrat der Breslauer Erwerblosen

Der Erwerblosenrat der Breslauer Erwerblosen

Den freigewerkschaftlich organisierten arbeitslosen Frauen

Gaspreis 140 Millionen.

Der Magistrat hat sich infolge der ungeheuren Kohlenpreise,

1 Marktbrot 72 Millionen.

Die weitere Kohlenpreissteigerung hat eine nochmalige Erhöhung

Vom Arbeiterbildungsausschuss.

Die nächste Veranstaltung am kommenden Mittwoch bringt

Dieser Vortrag dürfte in unseren Kreisen weitestgehend Interesse

Reichstagspräsident

Genosse Paul Löbe

spricht Montag, den 15. Oktober, abends 7 1/2 Uhr,

Partei-Mitglieder-Versammlung

über:

„Die politische Lage!“

Ohne Parteimitgliedsbuch kein Zutritt.

Massenbesuch der Parteimitglieder wird erwartet.

Eine Straßenbahnfahrt 25 Millionen Mark.

Vom Sonntag, den 14. Oktober, ab, wird der Grundfahrpreis

für Erwachsene Einfache Fahrt 25 Mill. Mk. Hin- u. Rückfahrt 40 Mill. Mk.

für Kinder und Jugendliche 10 „ „ 15 „ „

für Arbeiterarten 175 Millionen Mark

Die zum Preise von 100 Millionen Mark erworbenen Arbeiter-

Zur Erleichterung und Beschleunigung der Abfertigung können

Vor der eigenen Unverschämtheit erschrocken

Ueber die Kommunisten-Verhaftungen

Offene Anfrage

An den Vorstehenden Wähler des Breslauer Mietervereins, E. S.

An Mittwoch, den 10. Oktober, fand bei der Regierung eine

1. Sie sind Ihre Dänen auf eigene Kosten, den Badeofen mit

2. sollen Sie auf die direkte Frage eines Behördenvertreters, ob

Belgien-Oesterreich bringen wärmere Luftmassen nach Oden vor

* Antifischer Wetterbericht. Westlich einer Linie Südengland-

* Die Stadtverordneten haben nächsten Donnerstag Sitzung.

* Ueber Veranstaltungen im Jahre 1924 wünscht das Verkehrs-

* Die neue Vergütungssteuerordnung der Stadt Breslau

* In der städtischen Brauereibetrieben kostet von heute ab ein

* Sämtliche Patentbesitzer des Deutschen Reiches können in

* Breslauer Volkshochschule. Die zweite Führung durch

den Dom findet statt am Sonntag, den 14. Oktober, nachmittags

* Die Berechtigung von jüdischen Banken- und Bankiers

* Für Fächer und Händler befindet sich im Anzeigenteil eine

* Spinale Kinderlähmung. Der Regierungspräsident teilt

* Schonzeit für Fische. Für den Regierungsbezirk Breslau

Wasserstand

nom 13. Oktober 1923.

Table with 2 columns: Station name and water level. Includes Ratibor, Krappitz, Kofel, Krieg (Mastentran), etc.

Richtpreise des Nahrungsmittelgroßhandels

Table with 2 columns: Commodity name and price. Includes Gerstengroß, Hafergroß, Weizengroß, etc.

Bereinstalender.

Feiernsmonat. Sonntag, den 14. Oktober, vorm. 9 1/2 Uhr.

Veranstaltung im Gewerkschaftshaus.

Aus Schlesien.

Möbelschiff, Kreis Schweidnitz. In einer öffentlichen Versammlung sprach Genosse Steiner-Bogslau über den Abbruch des Ruhrkampfes...

Damit war der Wunsch der französischen Imperialisten erfüllt, die sofort dazu übergingen, das Ruhrgebiet zu besetzen. Die nationalistische Hege gewisser „Guttra-Patrioten“ hatte somit das Geschäft für sich und Frankreich besorgt...

Im Schlusswort war es dem Referenten ein leichtes, die vollkommen verirrten un sinnigen Ausführungen an Hand von Tatsachenmaterial zu widerlegen.

Sandberg bei Waldburg. Eröffnung der weltlichen Schule. Nach langen Bemühungen der freien Elternvereinigungen um die Errichtung der weltlichen Schule hat der Herr Minister für Wissenschaft und Kunst die Genehmigung hierzu erteilt.

Im Romantisch

unseres Blattes beginnen wir am Montag mit dem Abdruck des hervorragenden Romans von Victor Hugo:

„Der Kampf am Dover“

Mit der Wiedergabe dieser glänzenden Erzählung hoffen wir den Beifall unserer Leser zu finden

Sigatz. Massenergiftung von Tauben. In Sigatz beobachteten einige Besitzer, daß ihnen Tauben von den Dächern fielen und verendeten. Dieses Taubensterben nahm immer mehr zu; nach längerem Hinsehen gingen die Tiere ein, und schließlich waren auf diese Weise etwa drei Viertel der Taubenbestände, insgesamt rund 1000 Stück, tot.

Wynkau. Ein größerer Spielerprozeß wurde vor dem hiesigen Schöffengericht verhandelt. In zwei hiesigen Lokalen wurden Glücksspiele zu hohen Sätzen gespielt.

Millionen Mark, ein Oberkellner wegen Bereiftens der Karten zu sechs Wochen Gefängnis und 100 Millionen Mark, ein Kaufmann wegen gewerbmäßigen Spiels zu 1 Jahr Gefängnis und 50 Millionen Mark und acht Angeklagte wegen Gelegenheitsspielsens bzw. wegen Beteiligung am Spiel zu je 100 bzw. 10 Millionen Mark.

Vieban. Der Alkohol. Ein Alt Köchmister Köpcke ereignete sich in einem hiesigen Gasthause. Bei einem Becherglas sollte der Gastwirt einem tschechischen Glasarbeiter Geld borgern. Weil dieser das Anstehen ablehnte, ergriff den Tschechen die Wut und er zertrümmerte dem Gastwirt mit einem Bierglase die Schädeldecke.

Kattbor. Tobstüchliches Dienstmädchen. Eine nettere Nebenbetrachtung der Verwaltungsaufficht Philipp. Er hat ein junges Mädchen von hier als Dienstmädchen angenommen. In der vorigen Woche mußte er mit seiner Ehefrau verreisen und ließ die Wohnung, sowie die Kinder in der Obhut des, wie er sich zu überzeugen bereits Gelegenheit hatte, durchaus zuverlässig erscheinenden Dienstmädchens zurück.

Unsere Valuta.

Table with exchange rates for various currencies including American Dollar, English Pound, French Franc, etc.

Denkt an das Parteiotopfer!

Es wäscht bleicht und desinfiziert gleichzeitig

persil das unübertrifene Wäschmittel

Du sparst damit und schonst die Wäsche!

Dienstag, 9. Oktober, abends 11 Uhr, verchied nach kurzem, schweren Leiden meine liebe Frau Anna Mohr geb. Sambale im Alter von 59 Jahren. Dies zeigt tiefbetrübt an Der trauernde Gatte Paul Mohr. Beerdigung: Sonnabend, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle in Gräbchen.

Nach langem, schwerem Leiden infolge raschgegangener Kriegsschäden verchied am 10. Oktober um 10 Uhr im heimischen Hause unser Bruder, Schwager, Onkel und Vetter Herr Hermann Witke im Alter von 28 Jahren. Dies zeigt schmerzvoll an Herrsprötsch, den 13. Oktober 1923 Die trauernde Mutter und Geschwister. Beerdigung: Sonntag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Pflegehauses Herrsprötsch.

Am Donnerstag, den 11. Oktober 1923, starb unser wertiger Mitglied Herrmann Witke im Alter von 27 Jahren. Ehre seinem Andenken! Vereinte Sozialdemokratische Partei Deutschlands Ortsgruppe Stebalwitz. Beerdigung: Sonntag, den 14. Oktober, nachmittags 4 Uhr, auf dem Friedhof in Herrsprötsch.

Am 11. Oktober verchied nach längerem, schwerem Leiden unser Mitglied Frau Ida Lubig, geb. Müller im Alter von 31 Jahren. Ehre ihrem Andenken! Der Sozialdemokratische Partei Kreis. Beerdigung: Montag, 15. Okt., nachm. 1 1/2 Uhr, v. Truchsess, Koblitzstr. 9, nach dem Oewitzer Friedhof (Steinhilber-Gruft). Beerdigung: Dienstag, 16. Okt., nachm. 4 Uhr, auf dem Friedhof in Herrsprötsch.

Am 11. Oktober verchied nach längerem, schwerem Leiden unser Mitglied Frau Ida Lubig, geb. Müller im Alter von 31 Jahren. Ehre ihrem Andenken! Der Sozialdemokratische Partei Kreis. Beerdigung: Montag, 15. Okt., nachm. 1 1/2 Uhr, v. Truchsess, Koblitzstr. 9, nach dem Oewitzer Friedhof (Steinhilber-Gruft). Beerdigung: Dienstag, 16. Okt., nachm. 4 Uhr, auf dem Friedhof in Herrsprötsch.

Neue Höchstpreise für Mehl, Getreide und Samen. Der Höchstpreis für den Verkauf des Mehlpreises im Kleinhandel wird festgesetzt: a) für 1 Qdt. Roggenmehl auf 15 000 000 M. b) für eine Gemahl mit einem Zehngewicht von 100 g auf 3 000 000 M.

Neue Höchstpreise für Kohlen und Braunkohle. I. Sie betragen für den Zeitraum ab 13. Oktober 1923: a) Stück, Kessel, 1 200 000 000 1 817 000 000 1 321 100 000 M. b) Braunkohle, 1 300 000 000 1 317 000 000 1 321 500 000 M.

Bekanntmachung. Durch Beschluß des hiesigen Ausschusses vom 11. September 1923 ist das Verzeichnis der Mitglieder des Ausschusses für das Jahr 1923 festgestellt worden.

Gewaltige Ersparnis an Brennmaterialien durch unseren bekannten Sparherd. Kocht bratet bädt heizt mit täglich 4-6 Briketts. Defen u. Herde für Heiz- u. Kochzwecke nur bewährte Systeme sowie sämtliche für den Herbst- und Winterbedarf notwendigen Eisenwaren. Eisen-Brandt 2000 Inh. Fritz u. Max Brandt Nitolaitraße 63a, Ecke Neue Weltgasse.

Monistische Gemeinde (früher Freie Religionsgemeinde) 1103 Sonntag, 14. Oktober nachmittags 6 Uhr Musikalische Darbietungen der Gesangsvereine „Bildungsverein“ zur Wohlthätigkeit (Stein)Spende.

Die Preise für Gas, Wasser und elektrischen Strom werden am folgenden: für 1 cbm Gas auf 140 000 000 M. für 1 cbm Wasser innerhalb der Stadt 120 000 000 M. für 1 kw Strom zur Beleuchtung 145 000 000 M. für 1 kw Strom zur Beleuchtung 300 000 000 M.

Sutterreife! Garn, Zwirn, Rippen, Seinen, Hermetische Hemden, Hemden, Serge, Stoffe, alle höchste Preise, mehr wie die Konkurrenz, taufst auch Original! Frau Frida Lippert, Seidenstr. 16, 2a

Säcke jeder Art taufst Boy & Co. Nitolaitraße 62, Tel. N. 74 Lippertstr. 1, Tel. Dble 68 Boßstr. 1, Tel. Dble 67

Sutterreife! taufst zum allerhöchsten Dollar für H. Scholz, Weißgerbergasse 43. Säcke, neu u. gebrauchte, taufst 70% Paul Kind, Tel. Dble 73

Zielferngläser Gold, Silber, Double-Bruch, Linsen, Ferngläser, etc. Eduard Rommel Ring 51. Verkäufe Gute Bettelstelle mit 200000 Linsen u. Gläser, elektr. Lichter mit Prismen, etc. Schmitt, 1 Wratze, Tel. Dble 73

Arbeitsmarkt Zeitungsträgerinnen für Buchsackstraße und Mittelstr. sofort gefordert. Wochenlohn 450 bis 600 Mark. Verlag der „Volkswacht“, Flurstr. 4

Druckerei Volkswacht. Modern, geschäftlich und leistungsfähig. Druckarbeiten preiswert und bei kürzester Fristzeit. Breslau 2, Flurstraße 4/6

Unterhaltung

Hinterm Deich.

Von Hans Fr. Blund.

Hinrich Stehr war wieder im Land. Als großwüchsiger Bauernsohn, der viel, viel klüger war als seine Heimat, war er fortgegangen. Mit den Erdbearbeitern, mit den Wägen aus dem Osten, kam er wieder.

Es war wohl gegen seinen Willen gewesen, daß er gerade in die Nähe seines Heimatortes kam, aber die Marz, die neblige, trübe Marz, hatte Hinrich Stehr wiedersehen müssen. Nach dem Westwind hatte er draußen im Lande geduldet, nach dem westlichen Westwind und den endlosen zerstreuten Regenwolken, die der Sturm über das Land jagen konnte, als hätte er fern die Plünzung aus dem Meer gebrochen und jagte und peitschte sie, noch schäumend und wogend, über den Himmel. Nach dem Lärmendeep hatte er gehungert, mehr noch als nach dem Brot, das die Trupps von Gaskiern, die in den Weiden arbeiteten, wenig genug besaßen.

Als Hinrich Stehr vor zehn Jahren das Land verließ, hatte sein Vater einen kleinen Hof hinter dem Seebeich. Den hatte er sich in einem Leben von fünfzig Jahren hart Arbeit langsam, still für still, zusammengekauft und zusammengeerntet.

Aber sein Junge war mit den Söhnen der großen Bauern aufgewachsen, und die wollten mühelos Geld verdienen. Die letzten Schulden auf den Hof und die kleinen in der Stadt mit den steigenden und fallenden Werten von Unternehmen, die sie nicht kannten. Einige wurden reich, dabei viele bettelarm. Aber das Beispiel der wenigen Reichen und der Stehrs Sohn wollte ohne Arbeit reich werden. Da jagte ihn der Alte aus dem Haus.

Und Hinrich Stehr ging, hoch erhobenen Hauptes, und ließ Vater und Braut zurück. Er wußte ja, wie man reich wurde und wie man da draußen das Geld in die vollen Beutel tat. Und als er dann vergeblich klopfte und hungerte wurde, da wühlte und nagte der Trost. Der heugle ihm nicht das Haupt, aber er grub hatte schließliche hatten in das kraße Gesicht, kalten, um die seine Braut geweiht und sein Vater ihm den Rücken geküßt hatte.

Hinrich Stehr trieb sich zehn Jahre in der Welt umher und kämpfte mit dem Schicksal; und wollte er auch mitunter müde werden, immer wieder hob er trotzig den Kopf und stand gegen das Leben.

Aber der Marzschauer ist nichts für die Welt da draußen. In Schichten, wo die Güter so groß sind wie die Wälder, hatte er gelegen; da hörte er die Werbetrommel um Arbeiter nach dem Nordseer. Drei Tage lang hörte er sie und drei Nächte kämpfte er mit seinem Trost. Dann nahm er das Handgeld.

Hinrich Stehr arbeitete ein halbes Jahr lang an den Baumstämmeleichen. Und wenn er an den Weiden mit der Flut kämpfte, wurde sein Gesicht weicher und froher, und wenn die Wälder und Schiefer flüchten und freizend abends in die Hütten krochen, dann ging er im Westwind an der Erde entlang wie ein Deichgraf, suchte nach Schäden und trank den Geruch von Seegang und Moos, als wollte er seine Lungen und sein Blut wieder an seine Heimat gewöhnen.

Eines Tages ließ ihn der Aufseher rufen. „Sind Sie geborener Dithmarscher?“ fragte er.

Hinrich Stehr drehte die Milke in der Hand. „Sie wissen ja Bescheid mit den Deichen, das haben wir gemerkt. Ich habe Ihnen mitgeteilt, daß Sie Vorarbeiter geworden sind und mit einer Abteilung der Leute an die Melddorfer Bucht gehen sollen. Ich wünsche Ihnen Glück dazu.“

Hinrich Stehr wurde todensüchtig und prechte die Milke in der Hand, als wollte er sie zerdrücken, und dann lag er langsam: „An der Melddorfer Bucht, Herr — das geht nicht — das geht nicht — ich bin dort zu Haus.“

Der Aufseher war ein warmer und ruhiger Mann. „Stehr“, sagte er, „Stehr, mal kein dummes Zeug; wir bruchst du dort und Arbeit schändet nicht.“

Der Dithmarscher wollte etwas erwidern, aber der Aufseher kam ihm zuvor: „Mensch, Stehr, wie kümmerst du immer die Meladen?“ fragte er herzlich.

Da drehte sich Hinrich Stehr um. „Loh mit tofeden, dat geht Se niks an.“

Und Hinrich Stehr arbeitete an der Melddorfer Bucht, eine Meile vom Hofe seines Vaters.

Gewaltige Steinerfahrungen wurden an der Marzschöpfung angelegt. Vor dem Sommerdeich, der noch aus der Dänemerkzeit stammte, schlug die junge preussische Regierung weite Stöße in das Watt hinein und bedrängte die Flut, die zweimal täglich gegen den Deich schlug, fremde Wege zu nehmen und den Sand, den sie aus dem Meer heraufstrahlte, zwischen den Werken als Neuland zu lassen.

Hinrich Stehr schaffte fast über seine Kraft. Aber er glaubte, seinen Weg gefunden zu haben, schloß, daß mit der Arbeit in ihm etwas wuchs, wie ein Reife auf die Heimat, und er grübelte und träumte, auf diesem Neuland dereinst sein Haus zu erbauen. Wachte die Zeit auch noch so fern liegen, er wirkte in dem Gedanken, daß dieses alles sein sei, was gegen das Meer gewonnen wurde, er kämpfte mit der blauen Hand um jeden Fußbreit Erde und fügte ihr heimlich seinem Hof bei.

Da kam im September die erste große Flut.

Was Menschenhände in einem Sommer gewonnen hatten, das riß sie brausend und lachend wieder fort. Waren die eischenen Pfeile auch noch so fest in das Watt gerammt und mit Drahten und Pfählen verbunden und verankert, sie rißt brüllend mit ihren harten gischigen Händen danach und grub und wühlte zwei Tage lang, bis sie das ohnmächtige Werkzeug den Menschen wieder vor die Füße warf. „Da hab ichs, wer ist der Stärkere von uns?“

Da wurde nach der Flut ein Teil der Männer heimgeschickt. An der Melddorfer Bucht wollte das Meer nicht stehen.

Als Hinrich Stehr hörte, daß er zurück sollte, regte es sich noch einmal mächtig in ihm.

Er war noch nicht bei seinem väterlichen Hof vorbeigekommen. In jedem Trost hatte er von früh morgens bis spät abends mit dem Meer gekämpft und seinen Antrieben zu betäuben versucht. Jetzt, wo er zurück sollte, wo sein junger heimlicher Hof wieder draußen im Watt unter den Blüten lag, gab er langsam nach und nahm sich vor, noch einmal am Deich entlang zu gehen, weiter als sonst, dahin wo er durch die Hebel frühmorgens, wenn er zur Arbeitsstätte ging, die Wehrentonen über den Deich hatte tagen sehen.

Als er an diesem Tage vom Westpfad kam, ging er durch den nachlässigen September nach Norden. Es war gerade ein solcher Abend wie damals, da er fortgegangen war. Der salzige Wind drängte die feuchten Kleider an den Leib und fuhr ihm draußend um den Kopf, als wenn er sagen wollte: „Hinrich Stehr, besinn dich, du hast viel vor, man könnte dir bezeugen und über dich spotten.“ Aber er lachte gegen den Wind und dachte: „Ach, die fernen mich längst nicht mehr.“

Da brach langsam aus den grauen Abendwolken im Westen ein Licht. Brandige Risse sprangen in die grauen Nebeldecke und in diesem Strahl glühte fern die untergehende Sonne. Wie ein Tor aus rotem glühendem Gold in einem unendlichen Zauberberg. Und langsam quoll eine starke zornende Flut aus der Höhle, rann über die Klüftung und überhüllte noch einmal das Abendmeer, das es wie in roter Schuppenrinne erglänzte.

Hinrich Stehr stand auf dem Deich, sah in den Abendhimmel hinein und krampfte seine Hände zusammen.

So war seine Heimat, sein Meer. Jeden Abend, den er hier gearbeitet hatte, waren sie ihm schöner und herrlicher erschienen. Und dann stieg es bitter in ihm auf: Warum durften die Leute, die nichts darum gaben, die sie die über den Strecken der Binnenlandes gehen hatten, diese Schönheit empfangen, jeden einzelnen Tag wieder? War es nicht ein Unrecht von Gott, denen die Heimat zu geben, die sie nicht zu fassen mußten? Ihn schen es, als wenn die Sonne heute für ihn allein leuchtete, als wenn er sich nach den zehn Jahren da draußen ein Recht auf sein Land erworben hätte.

Die Fische standen eng am Seebeich. Hinrich Stehr stieg an der Höhe hinunter und ging im dämmernden Schatten des Abends näher und näher.

Und einmal . . .

Und einmal werden wir aus Drangsal schreiten, aus Haß und Neid.

Purpur des Friedens wird von Schultern gleiten, in allen Weiten erstickt die Glut der Unzufriedenheit, in allen Weiten

klingt Lied der Liebe von der Menschheit Mund, und wo sich Himmel über Erde breiten — in allen Weiten — wird innige Versöhnung kund.

Denn Volk, du müßtest niedrig sein wie Tier, wenn du dich nicht mit hohen Zielen trügest, wenn du dich nicht im Strom der Zeit aus Bruderhaß und Völkerverleid, aus Kleinlichkeit und Qualen schlügest.

Du müßtest niedrig sein wie Tier. Ich aber glaube an dich, Volk, ich glaube, daß du einst aus Aengsten gehst und auserstehst.

Jetzt konnte er das Gesicht sehen. Alles war beim alten. Nur am Giebel glänzte das Dach vertäfelte wie von felscher Strohdachdeckung. Das hatte doch nicht gestimmt. Ach, nein, das war vor zehn Jahren schon nicht ganz in Ordnung gewesen. Natürlich hatte Vater gewartet und gewartet mit der Ausschöpfung, bis er das halbe Dach bekleiden mußte. Wer sollte ihm denn schließlich helfen? Der Knecht damals konnte keine Reetbügel ordentlich legen. Hinrich Stehr trat noch einmal auf den Deich. Fern auf der dämmernden See ruhte der Abend. Aber es war keine goldsprühende Höhe mehr. Ein roter Streifen lag wie ein unendliches Schwert zwischen Himmel und Erde. Ueber die Wasser, unter denen sein Hof ruhte, schien der Himmel seinen richtenden Arm zu reden.

Ueber den harten ungläubigen Mann kam es wie eine große Gottesurteil, und er wurde so weich und demütig vor dem Himmel und dem starken Meer, daß ihm plötzlich sein Wille und die ganze Arbeit des Sommers, die er um seinen Hof geleistet hatte, wie ein winziger Trost gegen unendliche Gewalten erschienen. Dann raffte er sich auf und ging zum Gesicht seines Vaters. An einem Fenster war Licht. Er schloß sich leise, fast ängstlich hin und sah hinein. Da sah Marie, seine Braut, und prunkte an irgendeiner alten Türe.

Ob die wohl zum Vater gezogen war und ihm den Hausstand führte? Wer sollte es sonst auch tun! — Also, die hatte nicht geachtet, wie er sich immer gefügt hatte. Die hatte ja wohl geachtet, daß er wiederkommen würde.

Hinrich Stehr wollte umkehren, aber ein wunderliches Gefühl zwang ihn, noch einmal zurückzugehen und ins Fenster zu sehen. Marie sah noch gerade so aus wie vor zehn Jahren, kaum etwas älter.

Wo wohl sein Vater war? Der sollte ja ganz weiß geworden sein, hatte er gehört.

Marie schien unruhig zu werden. Er wollte umkehren. Da kam ein Uchsfischlein aus dem Stall über den Hof, und ein alter grauhaariger Mann mit einer Raubspitze in der Faust trat ihm in den Weg.

„He du, was wilst hier?“

Dann hob er die Laterne und leuchtete dem anderen ins Gesicht.

„Jung!“ — „Babber!“

Die Laterne sank in der zitternden Hand herab. Einen Augenblick standen sich beide stumm gegenüber. Hinrich Stehr kämpfte um seinen Trost — nur jetzt nicht nachgeben — um Gottes willen jetzt nicht — und dann merkte er doch, wie sich langsam in seinem Innern etwas löste, und es war ihm, als wären sie alle die Alten, der Vater, Marie, der Deich, der Westwind, und als könnten immer zehn Jahre zwischen ihnen liegen.

„Is man good, dat du webber dor bist!“ Der Alte sagte es langsam und ging an die Tür. „Kumm, Marie und ich, wir hebbit lang liert.“ — „Jo, Babber!“

Unter den vielen Menschen, die an ihrem Werk arbeiten, sind wenige, an denen ihr Wert besteht. Georg Stimmel.

Wiedersehen mit Henri Barbusse.

Henri Barbusse, der französische Dichter, hat an dem in Berlin haltgefundenen Internationalen Kongress des Kriegesopferbundes teilgenommen und dort gesprochen. Ueber den Eindruck seiner Rede auf die verammelten Teilnehmer gibt Fred Aniolne Angermayer nachfolgendes Stimmungsbild wieder.

Unbeschadet von der großen Oeffentlichkeit, wir haben Ausnahmestunden, traf der französische Dichter Henri Barbusse in Berlin ein, um dem 3. Kongress des Internationalen Kriegesopferbundes zu präsidieren. Die Schwierigkeiten dieser Reise waren nicht gering. Man kennt das Mißtrauen der französischen Regierung für Arbeiter dieser Art, noch dazu in der Löwen Höhle, nach Berlin. Auch ist heutzutage die Empfangsbereitschaft innerhalb deutscher Grenzpfähle nicht erheblich. Insbesondere in Bayern, wo der Polizeipräsident Nürnberg dem französischen Dichter die geplante Begrüßung der Kriegesopfer dieser Stadt nicht erlaubte und das Gesuch mit ungefähr folgenden Worten ablehnte: „Das öffentliche Auftreten eines Franzosen, dessen Regierung in schamloser Weise unser Volk bedrückt, würde ungeheure Erregung hervorrufen und man könne für die gefährdete Sicherheit des Redners nicht garantieren.“

Der Herr Polizeipräsident hätte sicherlich diese Ablehnung in verbündlicherer Form, mit einem Wort des Bedauerns, ausgebracht, wenn er sich der Bedeutung des Bittstellers bewußt gewesen wäre.

In Berlin, zur Ehre dieser im Fieber liegenden Stadt, sei es doppelt betont, machte man dem Dichter des „Feuers“ keine Schwierigkeiten und der Kongress konnte eröffnet werden.

Abertausende füllten den Riesensaal auf der Hafenselbe lange vor Beginn der Begrüßungsfeier. Die Berliner Sektion des Internationalen Bundes hatte für einen imponierenden Empfang des großen Kriegesopfers Sorge getragen. Als ich am langen Delegiertenbüro, der dicht vor der Rednertribüne aufgestellt war, Platz genommen hatte, strömten noch immer Menschen in den Saal und füllten schließlich den letzten Winkel. Kurz vor Beginn der Feier erschien Henri Barbusse. Er sah ein wenig müder aus seit dem letzten Male, als ich ihn in der Nähe Nizzas traf. Sein blaues Gesicht ist noch vergrünlicht, noch eiseneinfarbener die schillernde Stirn. Beide Hände streckte er mir entgegen und küßte, beinahe sanft, begrüßte mich. „Alte vertraute Worte rauchen auf und wieder fühle ich den Strom heißer Güte, der aus diesem unergieblichen Menschen bricht. Nichts gemahnt in seiner Persönlichkeit an den Träger aller literarischen Preise dieses großen Landes, nicht ein Kleinigkeit in seinem Wesen heißt Bewunderung für die Größe seiner Kunst. Allen Ruhmes — der eine Welt erfüllt — entkleidet, steht nur der Mensch vor mir, der Bruder. Hier thront nichts Olympisches, nichts Ungerechtes in Bewußtheit einer Würde, keine Kopie erlauchter Vorbilder fordert heraus zum Vergleich und Abwägung, hier ist ein einfacher Mensch, erfüllt von einer Welt der Liebe. Allmählich wird alles still im Riesensaal und feierliche Erwartung lagert über den Massen. Ein Männerchor leitet den Beginn der Begrüßung ein. Die gutgehörten Stimmen sind wohlklingend und lösen die innere Spannung. Dann spricht Erwin Piscator mit klingender Stimme Verse Walter Whitmans und Dichtungen der Revolution. Hiernach begrüßt Karl Liebknecht, der verantwortungsgeladene, hochverdiente Präsident der deutschen Sektion des „Kriegesopferbundes“, die Anwesenden und weist in schöner Rede auf die große Bedeutung dieser Organisation hin, die Barbusse ins Leben gerufen hat. Unter atemloser Stille tritt dann der französische Dichter auf die Rampe und entseht einen einzigen Jubelstreich der Tausende. Stehend begrüßt ihn die Massen und jauchzen ihm die „Internationale“ zu, die Larbusse mitbringt. Dann begrüßt er, mit weitgeschuldeten Armen den Tausenden seinen Brudergruß zutruhend, mit seiner Rede.

„Kameraden! Ich träumte einst einen schönen Traum! Ich träumte, ich wollte mich einmal inmitten einer deutschen Volksmenge befinden. Dieser herrliche Traum wurde erfüllt! Ich stehe mitten unter euch und bringe euch meine und meiner französischen Freunde brüderliche Grüße. Ich bin von einer fast heiligen Mischung erfüllt, denn ich bin mit den Befreierten und werde immer mit ihnen sein, ich bin mit den lebenden Willen und rühme mich, mit ihnen sein zu können!“

Und nun spricht er entflammend von den Tagen der Schmach und des Völkermordes. Er fährt fort: „Im Schützengraben saßen damals die Tausende, einer zum andern, daß es anders sein müßte, wenn sie heimkehren von den Schlachtfeldern. Und es ist anders geworden! Als wir uns, Mensch gegen Mensch, gegenüberstanden, da sahen wir, daß die feindlichen Distanzen, die man uns gezeigt hatte, gar nicht existierten, denn diese Distanzen waren ja wir! Der Patriotismus ist nur ein imaginärer Besitz und wir haben die Tauschung all dieser Formeln erkannt, die nur ein Vorwand sind. Diese Dinge waren es, die wir in Genf am ersten Kongress eingesehen haben. Ich bin keineswegs der Magier, den eure Grobherzigkeit — die die meine sicherlich übertrifft — in mir sieht. Aber ich würde schamlos werden vor euch, deutsche Kameraden, wäre ich nur ein Illusionist, ich würde doppelt erröten, da ich vor einem Volke stehe, das leidet!“

Man hat nicht das Recht, einem gequälten Volk Theorien hinzuworfen, die sich nicht realisieren können. An unserem ersten Genfer Kongress besiegelten wir das Band der Liebe und der Treue! Seit dieser herrlichen Stunde halten wir die Tausende und Abertausende an den Händen und dürfen unsere Hände nie wieder loslassen! Eine Kette der Liebe bilden wir, die unüberwindlich ist!“

Die Worte des Dichters übertrugen sich, obwohl sie den meisten unverständlich blieben, auf die Massen durch das Medium ihrer Innerlichkeit und äußerster Hingabe. Alle lauschten sie gierig, die vielen Kriegesopfer, die diesen Riesensaal füllten, und deren Unglücksfälle, lebendigen Toten gleich, in Kollagen gebannt sind. Als Barbusse in die Menge rief: „Ich bin immer mit den Befreierten“, geht strömendes Leuchten aus von seinem blauen Gesicht und seine Augen flüchten weit weg über die Massen des Saales und suchen in dieser Sekunde alle Bedrückten der Erde. Lange spricht der Dichter noch weiter, in hinreißender Glut. Herrliche Worte flüchten auf in diesem trüben Saal und abseits sein zorniges Gesicht. Als er seine Rede schließt, überschütten ihn abseits die Massen mit heißem Dank und Jubel. Es will keine Ruhe eintrien. Alle sind kammende Bogenstrahlung. Der Beifall wird zum Orkan, als die junge Tochter Karl Liebknechts die Tausende übermalt, um zum Schluß die „Internationale“ anzustimmen. Wächtig tönen die Rhythmen dieses Kampfliedes durch den Raum. Dann — nach einigen Schlussworten des Präsidenten — führen die Massen, ruhig und ohne jede Störung, auf die Straße. Ich gehe mit Barbusse zum Ausgang. Vor dem Saal paratieren wir haben Ausnahmestunden — Gaskiern mit geschuldetem Gewehr. Ein geschuldeter, junger Polizeipräsident, umhüllt in seiner ungeheuren Würde, nimmt Barbusse entgegen. In ihm tobt — hoch und schallend — geht der Dichter des „Feuers“ und schreit langsam und verhalten in der Sprache Septembertages Amen.

Was ist Marxismus?

Wenn man vor der deutschen Revolution von Marxismus sprach, dann meinte man eine wissenschaftliche Ansicht über die ökonomischen Verhältnisse und über die geschichtliche Entwicklung. Heute findet man das Wort in der bürgerlichen Presse als Deckname für die Sozialdemokratie. Obwohl den sachlichen Inhalt des Ausdrucks die wenigsten verstehen, hat er sich als Schreckenswort für den guten Bürger an, der einmal gehört hat, daß auch die Volkswirtschaften sich auf Karl Marx beziehen. Auch schwingt ein antientwickelndes Stimmungselement mit, das der Unschlichkeit Werkzeu leistet. Solcher giftigen Demagogie begegnet man am besten, wenn man sich darauf besinnt und schließlich, was der mißbrauchte Begriff wirklich bedeutet.

Ein Grundgedanke des Marxismus ist die Arbeitstheorie; sie lehrt, daß der Wert der Waren sich bestimmt nach Maßgabe der Arbeitszeit, die zu ihrer Erzeugung erforderlich war. Sie ist also eine Lehre vom Wesen des Tauschvorgangs, die übrigens gar nicht von Karl Marx geschaffen wurde, sondern auf die großen bürgerlichen Nationalökonomien Englands, Adam Smith und David Ricardo, zurückgeht; auch moderne bürgerliche Volkswirtschaftler, wie der vor wenigen Jahren verstorbenen konservativ-nationalökonom Adolf Wagner, sind aber waren ihre Anhänger. Hierin also kann keine Rechtfertigung dafür liegen, daß der Marxismus in den Kreisen der Verdammten gelassen wird. An die Arbeitstheorie schließt sich die Mehrwertlehre an; sie spricht in ihrem Kern aus, daß alles nicht erarbeitete Einkommen auf Kosten des Erarbeitenden geht. Dieser Kern ist offenbar überhaup nicht bestreitbar, und alle Angriffe können sich nur gegen die theoretische Einflechtung des Satzes richten, die für die Verteilung des Geldes nicht entscheidend sein darf.

Ein weiterer Bestandteil des marxistischen Systems ist die materialistische oder richtiger ökonomistische Geschichtsauffassung. Mit philosophischem Materialismus oder gar mit „materialistischer Geinnung“ hat sie nichts zu tun. Sie behauptet, daß die Gestaltung der Produktionsverhältnisse und besonders die technische Entwicklung für alle geschichtlichen Erscheinungen einschließlich der geistig-kulturellen von ausschlaggebender Bedeutung sei. Nun kann sich niemand der Erkenntnis entziehen, daß die wirtschaftlichen Grundtatsachen einen entscheidenden Einfluß ausüben. Daß daneben für eine Eigengesetzlichkeit des Geistes genügend Raum bleibt, entspricht auch der Auffassung von Marx, und man kann nur über das Maß der Bedeutung zweifeln, das auf die bestimmende Wirkung der wirtschaftlichen Bedingungen im Verhältnis zu den Tendenzen anderer Ursprungs zu legen ist. Warum es verwerflich sein soll, darüber eine bestimmte Ansicht zu haben — mag sie richtig oder falsch sein — ist unverständlich.

Der am meisten angegriffene Punkt des marxistischen Gedankens ist der Klassenkampfgedanke. Und doch enthält er nur die Erkenntnis, daß noch niemals irgendein Unrecht in der Welt durch diejenige soziale Schicht beseitigt wurde, die den Nutzen davon hatte, sondern immer nur durch den Freiheitswillen der Unterdrückten. Diese geschichtliche Feststellung wird durch die Erfahrungen jeder Epoche bestätigt und am meisten vollständig durch die Erfahrungen der Gegenwart. Doch es besser anders wäre, wüßten auch die „Marxisten“, aber sie können den Arbeitern die historische Wahrheit nicht verschweigen und in ihnen nicht die Täuschung erwecken, daß ihre Interessen auch ohne ihre eigenen Anstrengungen gewahrt bleiben würden.

So sind die Grundgedanken des Marxismus zum großen Teil Gemeingut aller, die sich sachlich in die Probleme vertiefen. Was darüber hinausgeht, ist Gegenstand wissenschaftlicher Streitfragen, bei denen es lächerlich und verwerflich ist, wegen einer bestimmten Meinung des anderen gegen ihn den Vorwurf falscher oder staatsbürgerlicher Minderwertigkeit zu erheben. Auch wird in diesen Streitfragen der marxistische Standpunkt nicht nur von Sozialdemokraten eingenommen, und noch weniger ist er der Standpunkt aller Sozialdemokraten. Beweis: Arbeitstheorie und Aufhebung der materialistischen Geschichtsauffassung. Indem das Wort „Marxismus“ heute aus einem wissenschaftlichen Begriff in eine politische Waffe umgewandelt wird, geht man über das ganze innere Ringen der sozialistischen Bewegung über ihre von ganz verschiedenen Gesichtspunkten angepaßte Arbeit an den Problemen der Zeit einfach hinweg und erweist sich als ein Beweis, daß es jenseits der Grenzen bürgerlicher Staats- und Wirtschaftsauffassung nur eine einheitliche Maße „materialistischer“ Doktrinen gibt.

Weit mehr als Marx anerkannt und betont die Sozialdemokratie die Idee des überparteilichen Staates. Sie hat sich in diesem Punkt von Karl Marx abgewandt und ist auf gewisse zurückgegangenen. Die Antimarxisten von heute oder haben dieses angestrebte Element der marxistischen Doktrin nicht zu eigen gemacht und noch ins Extreme gesteigert; ihr Standpunkt ist: Den überparteilichen Staat gibt es nicht, die Staatsgewalt muß also als solche in den Kampf hinein, es gibt nur Kampf und Ausrottung der Gegenseite. Das bedeutet eine Zerstückung des Volkes in „zwei Nationen“, eine Klasse der Staatsbürger und eine Klasse der Staatsobjekte, und alle können Protesten können nicht verhindern, daß dies Letztgenannte als nationaler Gedanke ist.

Deutsche Verfassungsgeschichte.

Von Dr. Franz Josef Ritter.

Zum Verständnis des heutigen Verfassungsrechts gehört unbedingt die Kenntnis seiner geschichtlichen Entwicklung.

Vor der Völkervereinigung zerfielen die Deutschen in einzelne Völkervereinigungen. Eine höhere politische Einheit fehlte ihnen. Sie traten als Genossenschaften familiärer freien Volksgenossen auf. Deren Verfassung beruhte demnach auf wesentlich demokratischer Grundlage, selbst wenn den einzelnen Völkervereinigungen unter Um-

ständen erbliche Könige vorstanden. An die Stelle des germanischen Volkskönigtums trat dann ein Königtum anderer Auffassung, als es sich an der Spitze eines ererbenden Stammes eine unumschränkte Gewalt verschafft hatte. Den Ausdruck stärkster Macht fand diese Monarchie im Frankentum, in dem neben dem größten Teil aller deutschen Stämme auch romanische Bestandteile zu einer Einheit zusammengefaßt waren. Dieses romanisch-germanische Gemeinrecht suchte zum Ausdruck zu bringen, daß es ein Weltreich auf christlicher Grundlage sei. In der Verlebung der römischen Kaiserkrone an Karl den Großen durch den Papst gelang ihm dieses Ziel. Nach dem Tode Karls fiel jedoch das Reich wieder auseinander. Durch die Verträge von Verdun und Meerssen und die Abjüngung Karls des Dicken schied sich im 9. Jahrhundert die romanischen von den germanischen Bestandteilen. Aus den östlichen, germanischen Bestandteilen ging das Deutsche Reich hervor. Die deutschen Könige vermochten auch das so verkleinerte Reich nicht zusammenzufassen. Ihre Weltpolitik, die sie hierhin und dorthin trieb, vermehrte im Innern der einzelnen Länderbestände die Macht der landesherrlichen Gewalt. Schon im 13. Jahrhundert war die Landesherrschaft daher Grundlage des Reiches geworden. Im 15. Jahrhundert machte sich zwar wieder das Bedürfnis nach einer härteren Einheit des Reiches bemerkbar. Die kirchlich-reformatorischen Streitigkeiten des 16. Jahrhunderts verhinderten sie jedoch. Die Landesgewalten wurden immer mächtiger. Der mehrlährige Friede von Jahre 1648 führte ihren völligen Sieg herbei, indem er ihnen selbständiges Völkertum, Vertrags- und Kriegsfähigkeit zugestand. Als im Jahr 1806 schließlich 16 deutsche Fürsten zum Rheinbund unter Napoleons Protektat übertraten und das äußerlich sich dahin zusammengefaßte Reich auf diese Weise noch mehr zersplittert wurde, legte Franz II. im Jahre 1806 die bedeutungslos gemordene deutsche Kaiserkrone nieder. Nach dem Sturz Napoleons trat der Wunsch der Zusammenfassung unter den Landesgewalten wieder stärker hervor. Er fand aber zunächst noch keine volle Befriedigung. Denn der auf dem Wiener Kongreß in den Jahren 1814 und 1815 geschaffene Deutsche Bund war lediglich eine völkerrichterlich-vertragliche Zusammenfassung von deutschen Staaten. Sie diente zwar der Erhaltung der äußeren Einheit und Sicherheit Deutschlands, war aber gleichzeitig der Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit der einzelnen deutschen Staaten gewidmet. Die föderal-staatlichen Differenzen zwischen den zwei mächtigsten Mitgliedern, Preußen und Österreich, im Jahre 1866 führten das Ende des Bundes herbei. Im Prager Frieden vom 1867 trat Österreich aus dem Bund aus und verbliebte sich, den von Preußen mit den norddeutschen Staaten gegründeten Norddeutschen Bund und etwaige Vereinbarungen dieses Bundes mit den süddeutschen Staaten anzuerkennen. Der Norddeutsche Bund schloß sich im Jahre 1870 seine Verfassung. Diesem staatsrechtlichen Gebilde traten dann Ende 1870 die süddeutschen Staaten freiwillig bei. Ihr Beitritt machte die Schaffung einer neuen Verfassung, für die neue Einheit das neue Deutsche Reich, unter dem 18. April 1871 notwendig. Organe dieses Reiches waren der Bundesrat, der Reichstag und der Kaiser. An der Spitze der Reichsregierung stand ein einziger Reichsminister, dem die anderen Reichsstellen angeschlossen waren. Im Laufe des Krieges machte sich die Notwendigkeit einer härteren Ausübung der Volksherrschaft im Reich immer mehr bemerkbar. Sie wurde auch in einem Erlass vom 7. April 1871 anerkannt. Aber es geschah zunächst nichts. Als die unangenehm Kampfausgänge immer mehr ein schickliches Ende des Weltkrieges für Deutschland herbeiführten, wurde in einem Erlass vom 30. September 1871 zum Ausdruck gebracht, daß das deutsche Volk nunmehr als bisher an der Bestimmung seiner Geschicke mitwirken müsse. In Ausführung dieses Erlasses ergingen die Reichsgesetze vom 28. Oktober 1871, die eine Verfassungsänderung des Reiches, die Erweiterung der Zuständigkeit des Reichstages und die Unterstellung der Kommandogewalt unter die parlamentarische Kontrolle brachten. Damit sollte das Deutsche Reich in die Reihe der parlamentarisch regierten Staaten eintreten. Die Reform kam aber, wie Vieles in Deutschland, zu spät. Der Reichsminister Max von Saldern wurde nun mit aller Energie die Institution des Kaiserismus zu erhalten. Er gab zu diesem Zweck am 9. November 1871 die Abdankung des Kaisers und den Thronverzicht des Kronprinzen bekannt. Es sollte zunächst eine Regentschaft eingesetzt werden. Dem Regenten sollte der Abgeordnete Ober als Reichsminister vorgezogen und ein Gegenminister wegen sofortiger Ausschreibung allgemeiner Wahlen für eine verfassunggebende Nationalversammlung vorgezogen werden. Der Reichsminister genügte den erregten Maffen nicht mehr. Nach am 9. November 1871 tief Schiedemann die Republik aus. Ihre Organe waren zunächst die Arbeiter- und Soldatenräte. Deren Zentralorgan war der sogenannte Volksausschuß. Er diente auch als Kontrollorgan einer aus 6 Mitgliedern bestehenden Regierung. Diese bestanden aus 6 „Rat der Volksbeauftragten“. Sie traten am 12. November 1871 einen Aufbruch, in dem sie neben der Durchführung des sozialistischen Programms die Einberufung einer deutschen Nationalversammlung anstrebte. Zu diesem Zweck schrieb sie unter dem 30. November 1871 Wahlen für die Nationalversammlung aus. Das führte zu Kämpfen zwischen den Vertretern einer demokratischen Republik und denjenigen des Kaiserismus. Die Reichsversammlung aller Arbeiter- und Soldatenräte billigte jedoch Mitte Dezember 1871 die Ausschreibung der Wahlen. Unter dem 19. Januar 1872 wurde dann die Nationalversammlung gewählt. Am 6. Februar 1872 trat sie zum ersten Mal in Weimar zusammen. Sie erließ am 11. Februar 1872 (RGBl. S. 169) ein vorläufiges Gesetz über die Reichsgewalt und zwecks Herbeiführung des sogenannten Uebergangsgesetzes vom 4. März 1919 (RGBl. S. 235). Danach lag die vollziehende Gewalt zunächst in den Händen des Reichspräsidenten und des Reichsministers. Das weitere Ziel mußte die Schaffung einer neuen Reichsverfassung sein. Kon ihr und den notwendig gewordenen neuen Verfassungen ist ausführlicher gesprochen werden.

War Freiherr v. Stein national?

Eine zeitgemäße Erinnerung.

Der deutschdemokratische Hamburger Senator Dr. Peter Stubmann schreibt in einem Artikel seiner Zeitschrift „Deutsche Einheit“:

„Man sollte heute jedem erwachsenen Deutschen, zumal aber den Politikern, einschläglich des Herrn Dr. Gustav v. Rößler in München, die Geschichtsbücher in die Hand geben, die von 1807 und 1808 berichten. Ich schlage ein solches auf und lese da zufällig: „Unerbittlich behandelte Napoleon darauf, seine Allianzverhandlung vor Regelung der Kontributionsangelegenheiten.“ Der Satz steht in der wundervollen Lehmannschen Biographie des Freiherrn von Stein; in ihm liegt eine Welt von Vergleichen mit der Zeit, die wir durchleben. Stein wollte die von Napoleon verlangten Kontributionen unbedingt zusammenbringen, um Preußen frei zu machen, und wollte gleichzeitig mit Frankreich eine „Allianz“. Es war genau das, was man heute „Erfüllungspolitik“ nennt; ja er war für eine intime „Verbindung“ mit Frankreich. Er wollte für die Kontributionen eine „Einlösesteuer“, gegen die sich — wer denkt nicht an unsere Tage? — das Militär und der Großgrundbesitz, die „Privilegierten“ erhoben. Er war kein Mann großer Worte, sondern ein weisshäutiger Staatsmann, der selbst Johann Gottlieb Fichte durch den Zensor bei dem Druck seiner Reden an die deutsche Nation, die auch Stein tief ergriffen, beeinflussen ließ, damit ja nicht aus ihnen herausgesehen werden möchte, daß man in Preußen eine „Schilberhebung“ vorbereite. Gibt es heute noch einen eifigen Karren, der diese Politik des nationalistischen Freiherrn für unbedeutend, selbständig und vaterlandlos zu bezeichnen mag? Obwohl sie — und sie allein — das breite Fundament gelegt hat für die Wiederaufrichtung Deutschlands?

Es gibt diesen Karren nur deshalb nicht, weil es deren keinen gibt, der die damalige Geschichte kennt. Wohl aber gibt es Tausende und Abertausende, die mit einem völlig unhistorischen Horizont und einem vererbten politischen Gefühl sich in größtmöglicher Geistesarmut angewöhnt haben, das „Schwert der Nation“ mit lautem Getöse im Munde zu führen. Immer in dem Glauben, damit ein christlicher Deutscher zu sein und das Vaterland zu retten. Die Rechtsparthei, einschließend der Partei Stresemanns, tragen daran die Hauptlast, einschließend daran die Schuld, daß mit der sich immer mehr verflüchtenden Wirkung des Verfallenen Diktators Demagogien aufzutauchen und, weil sie den Mund noch voller nahmen als jene Parteien, immer mehr Anhang fanden, um mit immer wilderen Tönen in steigender Not wachsende Erfolge zu erzielen. Nur so erkund uns — Gott sei es geklagt — Herr Adolf Hitler, der Größe von diesen Mann- rufen.

Freiherr von Stein wollte nichts anderes als eine vollständige Umstellung der preussischen Politik zu Frankreich und packte sich, um dieses Ziel zu erreichen, der Psychologie Napoleons mit größter Vorliebe an. Er war Erfüllungspolitik und Verhandlungspolitiker und konnte hierin keine Halbheiten. Lehmann wendet auf ihn ein Wort Kantens an: „Der Zustand Preußens erforderte Stein so verzweifelt, daß er kühn genug war, ihm Gift zu verschreiben.“ Stein handelte, um einen zweiten Vergleich anzubringen, wie ein Feldherr, der eine kleinere Niederlage erlitten hat und zunächst nur das Bestreben hat, sich vom Feinde abzuhängen, nicht mehr in die Folgen der Niederlage verstrickt zu sein und eine ganz neue Lage herzustellen, um aus einer solchen heraus Frieden zu schließen.“

Eine Huldigung republikanisch gesinnter Studenten vor den Gebrüder Grimm.

In seinen nachgelassenen Papieren schildert der bekannte Germanist Oskar Schade, der selbst mit dabei war, eine Huldigung, die am 1. August 1847 republikanisch gesinnte Berliner Studenten Jakob Grimm darbrachten: „In früher, sonnenhellere Frühe zog die Küniglingsschar vor die Wohnung des Altmeisters der deutschen Wissenschaft. Ein Musikkorps spielte, währenddessen er die Deputation empfing. Die ihm mit schlichten Worten das Gedächtnis der Treue aussprach. Ein Bildnis der Germania wurde ihm überreicht, wie sie unter uralter Eiche sitzt, stumm und lebendig, auf dem Schoße ein aufgeschlagenes Buch und ein Schwert dardelnd, als das Bildnis der Göttin, der er sich verlobt und zu deren Dienst er sie alle begehrt. (Damals in Preußen Hochverrat.) Wieder schollen heraus. Als die letzten Töne verklungen waren, stand er unten in der Mitte der Künigling, der hochverehrte Lehrer, kräftig und frisch wie ein Künigling, die silberne Vodenfüße hoch um das herrliche Haupt wie ein Ehrenkranz, seine treuen Augen funkelten so blau und so warm wie oben der blaue Augusthimmel. Ehrere, bedeutende Worte sprach er. Noch sei die Wissenschaft der deutschen Sprache im Entstehen begriffen. „Denken wir an andere Völker, denen, wenn sie von ihrer Sprache hören, das Herz glüht und das Auge funkelte. Es wird der erste August noch oft wiederkehren, und es wird eine Zeit kommen, wo ich nicht mehr sein werde. Wenn ihr dann den Samen, den ich ausgestreut, fortgepflanzt habt, dann erinnert euch auch meiner und dieses ersten Augusts!“ Laute Rufe erschollen, Trompeten schmetterten, Nieder liegen gen Himmel. Der ehrwürdige Lehrer stand wieder oben am Fenster wie eine fleißig gemordene Gage aus alter, schöner Zeit. Den Beschluß machte ein Jubelmarsch. Da gingen die Blide noch einmal hinauf; auch Wilhelm Grimm stand am Fenster in inniger Freude ...“

August Strindberg und seine Welt.

Von Paul Iheile.

Am 11. Mai 1912 fuhr in Lund (Schweden) im 63. Lebensjahre jener gewaltige Nordlandsstern, der einer der schöpferischsten Geister der Weltliteratur gewesen ist seit Goethe: August Strindberg.

Erst nach seinem Tode dämmerte der Welt die Erkenntnis, daß hoch ein hervorragender Dichter aus ihr hinweggegangen sei, daß dieser Mann aber einer der größten Kosmopoliten der Literatur überhaupt gewesen, dieses erkannt heute nur wenige oder eben es zu.

So werden Jahrzehnte hindurch, die Strindbergs Werke eigenam jener Unerschrockenheit werden, für die er mit jenen Herzen gestritten und deren trostlose ökonomische Lage und geistige Armut er immer wieder in den Vordergrund stellt, wenn er in seiner Art die Gesellschaft angreift.

Mit einem Schlagwort verfaßte man ihn abgesehen: der nordische Feuerstachel. Man fand seine Werke sehr geistreich, sehr klar, ein wenig unergänzlich, aber durchaus von blinder Jagd bilität.

Es lebte August Strindberg sein Leben wie jener Kosmopolit, der auch die heiligste Menschenliebe prägte und bevor den Kosmos erliden mußte, nur machte Strindberg dazu so und so einen Raub sein Goldgrube erliden, daß er litt. Als Kosmopolit und Feuerstachel in übermenschlicher Selbsterhebung und Heberhebung mit Kosmos zarter menschlicher Seele, die der lebenden Menschheit Disharmonien in klappenden Händen nach-schmeißt.

Eine trübe Kindheit, der harte Kampf seiner Jugend, die Gebrechen des Mannesalters, die verhängnisvolle Eheverbindung — Strindberg war dreimal verheiratet und wurde dreimal geschieden — haben in ihm jene Bitternis und Quäl-

erregt, die in allen seinen Werken als der stark ironisierende Zwiesel widerklingen. Den Weg, den er gegangen und der ihn durch alle Berufe der bürgerlichen Gesellschaft führte — Hauslehrer, Schauspieler, Arzt, Journalist, Chemiker, Beamter, Maler, Bibliothekar usw. — hat ihn mit fast allen Schichten der Gesellschaft bekannt gemacht, hat ihn im besten Wechsel mit Tugenden und Tadeln aller Schichtungen in Berührung gebracht, hat ihn die Verhältnisse der Gesellschaft und ihre Schwächen und Verlogenheit in Bezugnahme und Gegenwart erleben lassen. So zeigen seine Werke die ungeheure Vielseitigkeit seines Wissens. In seinen Romanen zu lesen ist gleich dem Genus, Begehren die Offenbarungen zu erleben. Wie gewaltige Symphonien klingen das glühende Leben, in allen seinen Phasen geäußert und durchdrungen, darin die Heberzeugung der Gesellschaft, die zwingende Deutlichkeit seiner Sprache, die Gut seiner Anlagen und die unablässige Sehnsucht nach einer besseren Welt, das alles erhebt Strindbergs Werke zu höchster künstlerischer Wertung, die auch als Kulturdokumente eine soziologische Betrachtung verlangen.

Strindbergs Werke drängen sich wieder ein jenseitiger Zusammenhang. Ich sage hier Herab, denn nur an diesem gewaltigen Maß ist seine große Tiefe zu ermessen. Er zeigt den Kampf der Geschlechter in extremer Verlebung, aneinander nicht zu überwindende Gegensätze wirft er in den Kampf, dahinter der leuchtende Kern der menschlichen Seele, denn er behauptet sich selbst. Unablässig heißt er ihm z. B. das Kauterium und mit Verlebung magst er es in seinen Schilderungen. So wurde von den Franzosen keine Liebe auch nicht erkannt. Maria Theresia, eine der herrlichsten Frauen unter den schwebenden Schriftstellerinnen, sagte n. a.: „Es Frau zu ich Strindberg. Denn ich bin Niemand hat was so geliebt wie er. Keine hat was vollkommener haben wollen, garig, klar, unangenehm. Hinter seinen Ausdrücken der Entschiedenheit, hinter seinen Ergehen des Jähres haben wir das Iedereine Herz voll Ideal Forderungen.

Beobachtet, der ja eben so warm für die Frau empfand, stellt in seinem Werk „Die Frau und der Sozialismus“ fest, daß eine Befreiung der Frau nicht erfolgen kann, ohne daß sich die Verhältnisse ändern. Die Freiheit des einen Geschlechts ist die Freiheit des anderen. Als Ergänzung könnte noch Dr. Gaerting angeführt werden, der vor kurzem ein Buch herausgegeben: „Die weibliche Eigenart bzw. die männliche Eigenart im Frauenstaate und Männerstaate“, in welcher er zu folgendem Schluß kommt: Der Kampf der Geschlechter gleicht einem ewigen Pendelschlag, der über die politische Gleichberechtigung von der Vorherrschaft der Frau zur Vorherrschaft des Mannes pendelt und zurück, so daß also die Gleichberechtigung der Geschlechter den jeweiligen tiefsten Punkt des Pendelschlages gleichsam darstellt. Hindert die kulturell heute in höchster Entwicklung stehende Gesellschaft keine Möglichkeit, diesem Pendelschlag entgegenzuwirken, so wird der Kampf der Geschlechter sich durch die Jahrtausende der Zukunft fortsetzen.

Was die Fortsetzung des Kampfes bedeutet, hat August Strindberg in leidenschaftlicher Eindringlichkeit geschildert. Mann und Weib leiden aneinander. Erst zusammen bilden sie den Quell, dem alles Leben entspringt, zusammen wachsen sie zu gewaltiger Einheit empor, durchglüht vom Feuer ewiger Menschheitsliebe und keine Macht der Welt wird ihren Höhenflug bremsen können.

Strindbergs Seele erfahnte tiefe Offenbarung. Daher auch seine Bitternis, daß er das Weib für diese Aufgaben nicht geeignet fand. Bebel leuchtete hinein in die Tiefen unseres sozialen Lebens und stellte den realen Hintergrund auch für Strindbergs stilles Forderungen.

So ist der Sozialismus berufen, auch diese brennendsten Fragen einer Lösung entgegenzuführen, Mann und Weib in dem höchsten Begriff, den das Weibliche, zu einigen.